

Inhaltsverzeichnis kommunalpolitische Leitlinien

Einleitung	2
Antifaschismus	4
Arbeit	6
Armut	9
Bildung	11
Digitalisierung	18
Frieden	22
Geschlechtergerechtigkeit	24
Gesundheit	26
Inklusion	28
Kinder- und Jugend	32
Klimaschutz, Energie, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz	34
Kultur	39
Ländlicher Raum	42
Migration	44
Mobilität	49
Ordnung	54
Planung	56
Queer	59
Senior:innen	60
Soziales	62
Sport	64
Wirtschaft und Finanzen	66
Wohnen	69

1 **Kommunalpolitische Leitlinien**

2 **Einleitung**

3 **Für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommunen**

4 Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für eine Kommunalpolitik, die den Menschen in den
5 Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns ein für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale
6 Kommunen, in denen alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. Unser Ziel ist es, gut
7 bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie, barrierefreie Mobilität für alle zu
8 gewährleisten.

9 In den letzten fünf Jahren haben unsere Kommunalpolitiker:innen an vielen Orten bewiesen, dass sie
10 die Garantie für eine Kommunalpolitik im Sinne der Menschen sind: Sie haben verpflichtende Quoten
11 für geförderten sozialen Wohnungsbau durchgesetzt und somit tausenden Menschen bezahlbaren
12 Wohnraum gesichert. Sie haben die Kita-Gebühren gerechter gestaltet, auch wenn die Landespolitik
13 einer gebührenfreien Kindertagesbetreuung bisher noch im Weg steht, und damit Familien mit
14 niedrigen und mittleren Einkommen entlastet. Im Bereich der Mobilität haben wir uns für den Ausbau
15 des öffentlichen Nahverkehrs sowie sichere Fuß- und Radwege stark gemacht und auf Barrierefreiheit
16 bei Bussen und Bahnen gedrängt. Wir haben uns gegen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Sport
17 gewehrt und für aktiven Umwelt- und Klimaschutz stark gemacht.

18 Unsere parlamentarischen Gruppen und Fraktionen sind häufig erste Anlaufstellen für Menschen, die
19 etwas verändern wollen, aber auch für Menschen, die sich von der herrschenden Politik
20 alleingelassen fühlen. Bei uns finden sie nicht nur Rat und Hilfe in Alltagsfragen, sondern auch die
21 Möglichkeit, sich zu organisieren und politisch mitzugestalten.

22 Als sozialistische Menschenrechtspartei unterstützen wir das Engagement von Einwohner:innen und
23 Initiativen für solidarisches Zusammenleben und für den Erhalt der Demokratie. Nicht die
24 Geflüchteten sind verantwortlich für kaputte Infrastruktur, Mietenwahnsinn und zu wenig
25 Lehrer:innen und Erzieher:innen, sondern die Politik der letzten Jahrzehnte. Wir müssen die
26 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen, die zur Flucht getrieben wurden.

27 Antifaschismus findet bei uns nicht nur in Sonntagsreden statt, sondern jeden Tag. Wir leisten
28 Widerstand gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche und arbeiten dabei eng mit
29 Friedensgruppen und Gewerkschaften zusammen. Wir unterstützen das friedenspolitische
30 Engagement auf kommunaler Ebene und setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen
31 entsprechenden Bündnissen wie den Mayors for Peace beitreten.

32 Neben der Friedensfrage ist die Klimakrise die zentrale Herausforderung unserer Tage. Unter den
33 Folgen der Erderwärmung leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben:
34 Menschen, die in dicht bebauten Vierteln mit schlecht isoliertem Wohnraum leben, alte und
35 pflegebedürftige Menschen, Menschen, die körperlich und im Freien arbeiten – sie alle brauchen eine
36 Politik, die sie vor Hitze und Unwettern besser schützt. Mehr Grünflächen, besseres
37 Wassermanagement, Schattenzonen und Hitzeschutzräume in den Städten – neben Klimaschutz wird
38 auch Klimaanpassung immer wichtiger.

39 Wir machen keine Politik für diejenigen, die sich alles kaufen können, sondern für diejenigen, die im
40 Alltag auf funktionierende Kitas und Schulen, Straßen, Busse, Krankenhäuser und Pflegedienste
41 angewiesen sind.

42 Eine zentrale Aufgabe der Stadtplanung muss es sein, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu
43 orientieren. Dies bedeutet, dass Kultur, Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle zugänglich

44 und gut ausgebaut sein müssen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der Solidarität und
45 Zusammenhalt gelebt werden und in der jede:r die Möglichkeit hat, ein erfülltes und
46 selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu führen.

47 Doch diese Vision kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen finanziell ausreichend
48 ausgestattet sind. Hier zeigt sich die Schwäche der aktuellen Politik von Bundes- und
49 Landesregierung, die den Kommunen immer wieder neue Aufgaben zuweisen, ohne eine
50 auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Stattdessen werden die finanziellen Mittel gekürzt und
51 die Kommunen in eine prekäre Lage gebracht, die es ihnen erschwert, ihre Aufgaben im Interesse der
52 Bevölkerung zu erfüllen. Die Linke steht für starke, selbstbewusste Kommunen und einen staatlich
53 finanzierten Altschuldenfonds, der verhindert, dass Städte und Kreise erneut in die
54 Haushaltssicherung geraten und damit ihren Handlungsspielraum verlieren.

55 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
56 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
57 Auseinandersetzung wird Die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
58 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

59 Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von Umverteilung von unten nach oben und von
60 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn Kommunen nicht ausreichend finanziert
61 werden, steigt der Druck, Leistungen zu privatisieren. Das machen wir nicht mit!

62 Die Linke sagt: Öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben, um
63 sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht den
64 Profitinteressen privater Unternehmen dient.

65 Privatisierung führt häufig nicht nur zu einer Verschlechterung der Qualität und Zugänglichkeit von
66 Dienstleistungen, sondern auch zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, da private Unternehmen
67 immer Kosten senken und Gewinne maximieren wollen. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an
68 private Unternehmen muss daher immer an die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie
69 Tarifverträgen gebunden werden.

70 Öffentliche Dienstleistungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der sozialen
71 Gerechtigkeit, indem sie allen Einwohner:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialem
72 Status Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und öffentlichem Verkehr
73 bieten. Obwohl Privatisierung kurzfristig Einsparungen bringen kann, sind die langfristigen Kosten für
74 die Gesellschaft höher, da private Unternehmen möglicherweise höhere Gebühren erheben und
75 weniger in die Infrastruktur investieren.

76 Ohne eine grundlegende Änderung dieser Politik werden wir keine lebendigen und lebenswerten
77 Kommunen schaffen können. Daher ist es unabdingbar, dass Die Linke stark vertreten ist, um diese
78 Veränderungen herbeizuführen. Nur mit der Linken kann ein soziales, gerechtes und zukunftsfähiges
79 NRW geschaffen werden, in dem die Gemeinden nicht nur existieren, sondern auch florieren.

80 Ohne eine starke Linke keine lebendigen Kommunen!

81

82 **Thema: Antifaschismus**

83 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
84 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant:innen,
85 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist:innen, Gewerkschafter:innen und viele andere, die
86 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

87 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen
88 rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeug:innen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns
89 und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

90 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns, gerade in der
91 heutigen Zeit, zu einer klaren Haltung. Angesichts der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus
92 durch die extreme Rechte ist es wichtig, Orte des Gedenkens an die Strukturen und Opfer sowie an
93 den antifaschistischen Widerstand stärker zu betonen.

94 Deshalb engagieren wir uns für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die
95 Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen Vergangenheit
96 Deutschlands fördert. Wir fordern eine spezifische Erinnerungskultur, die auch die Opfer rechter
97 Gewalt der Gegenwart einbezieht, etwa durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen.

98 Unsere Städte und Kommunen sollen weltoffen und engagiert gegen jede gruppenbezogene
99 Menschenfeindlichkeit aufgestellt sein. Das bedeutet, die Bedürfnisse und Interessen aller
100 Einwohner:innen gleichberechtigt zu berücksichtigen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder
101 Aufenthaltsstatus, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, sozialem Status, Alter oder
102 Behinderung. Im kommunalen Alltag setzen wir auf offene Diskussionen und die Beteiligung aller, um
103 fremdenfeindlichen und nationalistischen Deutungen entgegenzuwirken. Breite Bündnisse auf lokaler
104 Ebene stärken unsere demokratische Kultur und helfen, neonazistische und rassistische Strömungen
105 zurückzudrängen.

106 Dafür setzen wir uns ein:

- 107 • für eine klare Positionierung kommunaler Gremien und Verwaltungen gegen Antisemitismus,
108 Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch öffentliche
109 Stellungnahmen und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte,
- 110 • für die Unterstützung und Vernetzung selbst organisierter Gruppen, interkultureller Vereine
111 und Initiativen zur Geflüchtetenhilfe,
- 112 • für Beratungsstellen, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung von
113 Opfern rechter Gewalt widmen,
- 114 • lebendige Verpflichtungen der Kommunen zu den Nachhaltigkeitszielen (SDGs), nicht nur als
115 Klimamaßnahmen, sondern als gesamtgesellschaftliche Orientierung,
- 116 • neues Leben in Städtepartnerschaften, vor allem blockübergreifend und mit dem globalen
117 Süden, um gegen Nationalismus vorzugehen,
- 118 • Deserteursdenkmäler erkämpfen, gegen die Militarisierung und Mobilmachung der
119 Gesellschaft.

120 Antifaschismus ist ein zentraler Auftrag linker Kommunalpolitik, die sich entschlossen dafür einsetzt,
121 rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Wir setzen auf einen konsequenten,
122 antirassistischen Antifaschismus und legen Wert auf:

- 123 • Widerstand und Selbstschutz gegen rechte Angriffe,
- 124 • eine stabile Brandmauer im Umgang mit Rechten,

- 125 • Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gegen rechts,
- 126 • ein Verbot aller (neo-)faschistischen Organisationen einschließlich der AfD,
- 127 • Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehört zusammen! Die Militarisierung der Gesellschaft
- 128 führt sehr direkt zur Verbreitung faschistischer und rechter Ideologie.

129 Dafür brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse und gelegentlich auch zivilen Ungehorsam, um
130 rechten Strukturen entgegenzutreten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie ist, dass es in
131 Kommunalparlamenten keinerlei Zusammenarbeit mit Rassist:innen und Faschist:innen geben darf.
132 Unterstützung für ihre Anträge oder die Teilnahme an interfraktionellen Initiativen mit ihnen führen
133 zur Normalisierung rechter Positionen und sind konsequent zu vermeiden.

134 Unsere kommunale Erinnerungskultur trägt dazu bei, dass die Verbrechen des Faschismus nicht in
135 Vergessenheit geraten. Die Verlegung von Stolpersteinen, die Aufarbeitung von
136 Euthanasieverbrechen, die Erinnerungen an die Schicksale von Zwangsarbeitenden sowie Fahrten zu
137 Gedenk- und Erinnerungsstätten sind wichtige Beiträge dazu. Öffentliche Ausstellungen und
138 Theateraufführungen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen tragen ebenso dazu
139 bei, das historische Bewusstsein wachzuhalten, wie moderne Multimedia-Projekte, die sich mit
140 Erinnerungskultur auseinandersetzen.

141 Die Linke stellt sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und kämpft für eine
142 multikulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Wir setzen uns dafür ein, dass rechte Organisationen
143 keinen Raum für ihre Ideologie finden – sowohl in der Politik als auch im öffentlichen Raum.

144 **Thema: Arbeit**

145 **Arbeit: Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle**

146 Viele Menschen in den Städten und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen leiden unter prekären
147 Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung hangeln, werden schlecht bezahlt
148 und können ihren Job nicht mit ihren Familien in Einklang bringen. Neoliberale Politik und der
149 wirtschaftliche Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Besonders in industriellen Regionen
150 hat es einen massiven Arbeitsplatzabbau gegeben, der immer noch anhält. Das belastet die
151 Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein. Die kommunale Selbstverwaltung und die
152 Politik im Interesse der Einwohner:innen werden dadurch infrage gestellt.

153 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Wir
154 brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind, tariflich
155 entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

156 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und
157 Infrastruktur gesteigert werden. Der öffentliche Dienst muss ausgebaut und digitalisiert werden.

158 **Für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene**

159 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz
160 wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des öffentlichen Dienstes
161 geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem
162 ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren
163 externen Dienstleistern und Beratern gewachsen, besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten.
164 Dies wiederum fördert die Anfälligkeit für Korruption.

165 Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern einen
166 klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir uns für
167 folgende Maßnahmen ein:

- 168 • kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst,
- 169 • unbefristete Übernahme von Auszubildenden,
- 170 • unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst,
- 171 • Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne,
- 172 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,
- 173 • Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge,
- 174 • Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister,
- 175 • keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben (Tarifbindung,
176 faire Lieferketten, Umweltstandards),
- 177 • Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer,
178 dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften,
- 179 • Tarife für alle: Kommunale Betriebe müssen die gültigen Tarifverträge einhalten. Die
180 Ausgliederung von Personalgesellschaften, um auf diese Weise die Löhne zu drücken, lehnen
181 wir ab.

182

183 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Gute Arbeit**

184 Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquoten bleibt die Zahl der Langzeiterwerbslosen in vielen
185 Regionen hoch. Die Arbeitslosigkeit in NRW liegt seit langer Zeit an der Millionen-Grenze, doch die
186 politischen Institutionen zeigen sich nahezu handlungsunfähig, diesem gesellschaftlichen
187 Krebsgeschwür den Kampf anzusagen. Sie verweisen in erster Linie auf die „Kräfte des Marktes“, die
188 jedoch angesichts der wirtschaftlichen Rezession die Arbeitslosigkeit ausweiten, statt sie wirksam zu
189 bekämpfen. Die Kommunen und ihre Bürger:innen sind die Hauptbetroffenen dieser unfähigen
190 Politik, die nicht viel mehr anzubieten hat, als noch mehr öffentliche Institutionen zu privatisieren und
191 den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau noch weiter zu vergrößern. An dieser destruktiven Politik
192 sind bis auf Die Linke alle Parteien beteiligt. Sie beklagen in der Regel die kommunale Finanznot,
193 obwohl ihre Politiker:innen auf Landes- und Bundesebene dafür maßgeblich verantwortlich sind. Die
194 bisherigen Maßnahmen des Bürgergeldsystems, wie Ein-Euro-Fünfzig-Jobs oder
195 Weiterbildungsprogramme, haben den Betroffenen in der Regel nicht geholfen. Drohende Sanktionen
196 schaden sogar. Diese „Arbeitsmarktinstrumente“ sind gescheitert und demütigend. Sie müssen
197 abgeschafft werden.

198 Besonders junge Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitslose in strukturschwachen
199 Regionen brauchen neue Perspektiven. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen,
200 müssen die Städte und Landkreise sozialpolitische Verantwortung übernehmen und
201 Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch spezielle
202 Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und Förderprogramme
203 finanziert werden.

204 Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung und die
205 Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit.
206 Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden.
207 Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich auf
208 das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

209 **Jeder Mensch braucht entlohnte Arbeit für ein menschenwürdiges Leben**

210 Der größte Teil der erwerbslosen Menschen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den
211 registrierten Arbeitslosen sind das 63 % (!), die seit Jahren ohne Chancen auf einen Job von Hartz IV
212 bzw. Bürgergeld „leben“.

213 Die herrschende Arbeitsmarktpolitik lässt sie grundsätzlich im Regen stehen, da die Förderquote
214 gerade einmal 3 % beträgt und die Eingliederungsbudgets skandalöserweise sogar noch gekürzt
215 werden.

216 Für Bürgergeld-Bezieher:innen fordern wir deshalb:

- 217 • einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifikation,
- 218 • ein Arbeits- und Beschäftigungsangebot, das ohne Sanktionierung abgelehnt werden darf,
- 219 • Stopp von sog. Arbeitsgelegenheiten,
- 220 • statt Kürzung von Eingliederungsmitteln deren Aufstockung zur Förderung aller arbeitslosen
221 Menschen,
- 222 • angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht zwangsweise vom Jobcenter
223 zugewiesen werden,
- 224 • Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein. Befristungen sind nur in
225 Ausnahmefällen zulässig.
- 226 • Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden.

- 227 • Unterstützung für die Beschäftigten, wie z. B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder
228 Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden,
229 • Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben.

230 **Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen**

231 Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale,
232 technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und
233 Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch
234 öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden.

235 Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit
236 Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die
237 diese Gruppen unterstützen.

238 Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die Menschen in den
239 Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Gesellschaft
240 dienen, und nicht den Profitinteressen einiger weniger.

241 **Thema: Armut**

242 **Die Armut in NRW überwinden**

243 Die offene und die verdeckte Massenerwerbslosigkeit sowie die ständige Zunahme unsicherer,
244 schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmung von
245 Menschen in den Kommunen. In zahlreichen Städten in NRW leben inzwischen mehr als 35 % der
246 Menschen von Bürgergeld bzw. Grundsicherung. Im Verhältnis stärker betroffen sind alleinerziehende
247 Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner:innen sowie Menschen mit internationaler Familiengeschichte.
248 Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie die materielle Armut. Aktuelle Statistiken
249 sprechen davon, dass jetzt schon jedes 4. Kind in Armut aufwächst. In vielen Stadtteilen des
250 Ruhrgebiets sind es bis zu 50 %.

251 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute nicht zum Ausstieg aus der
252 Armut. Mehr als die Hälfte derer, die den Bürgergeld-Bezug verlassen, erhalten bei Arbeitsaufnahme
253 Löhne unterhalb der Armutsgrenze. Ein arbeitsmarktpolitischer Skandal ist, dass trotz gesetzlichem
254 Mindestlohn ein Viertel aller Bürgergeld-Beziehenden aufstockende Leistungen von den Jobcentern
255 erhält, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

256 Deshalb fordert Die Linke:

- 257 • eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.400 Euro statt Bürgergeld,
- 258 • einen individuellen Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die Menschenwürde
259 und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können.
- 260 • einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch mindestens gemäß der Inflation
261 erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut.
- 262 • Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit Behinderung
263 und Praktika müssen gestrichen werden.
- 264 • eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen
265 Ausbildungsvergütungen.

266 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

267 Das Bürgergeld-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene
268 gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken
269 oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

270 Wir kämpfen besonders auf kommunaler Ebene für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

271 Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene.
272 Auch wir engagieren uns entsprechend in vielen Orten und sind nicht bereit, uns mit den
273 unzureichenden Beratungen in den Jobcentern und dem oftmals fragwürdigen Umgang mit den zu
274 beratenden Menschen abzufinden.

275 Derzeit gibt es viele Sozialberatungsstellen in NRW, die durch geschulte Mitglieder der Partei Die
276 Linke durchgeführt werden. Dort können Menschen, die im Leistungsbezug sind, Hilfe bekommen.
277 Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

278 Wir kämpfen gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die Überwindung der Armut.
279 Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze mit tariflicher existenzsichernder Entlohnung.

280 Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau führt in den Kommunen zu weiter sinkender
281 Kaufkraft. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Öffentlich
282 geförderte Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

283 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- 284 • Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Fünfzig-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
285 Beschäftigung in allen ihren Formen wollen wir beenden. Stattdessen müssen ausschließlich
286 unbefristete, tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die
287 aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- 288 • Die Übernahme der Wohnkosten (KdU) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am
289 Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels bzw. entsprechender örtlicher
290 Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen werden.
291 Zwangsumzüge wollen wir abschaffen.
- 292 • Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
293 Kommunen sollen verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im
294 Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- 295 • Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb des
296 Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
297 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theatern etc. ermöglichen.
- 298 • Mitbürger:innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf
299 kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder
300 einzugliedern, erwarten wir von den Kommunen ein Angebot von Beratung, Begleitung und ein
301 bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern.
- 302 • Die Linke möchte das System von „Streetworkern“ ausbauen. Auch bei vorübergehender
303 Wohnungslosigkeit müssen die Kommunen menschenwürdige und kostenlose
304 Schlafgelegenheiten anbieten.

305 **Thema: Bildung**

306 In der Kommune ist vielfach nur von Kita-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von Bildung
307 und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und lernen.

308 Das ändert Die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Blick und verbinden
309 die Aufgaben des „Trägers“ mit denen von Bildung, also der Entfaltung aller Fähigkeiten und
310 Fertigkeiten von Menschen.

311 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

312 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch
313 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die
314 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

315 Daher will Die Linke Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
316 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können
317 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
318 Schulträgerin bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
319 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der
320 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

321 Dabei ist es essenziell, dass sowohl neue als auch bestehende Schulgebäude barrierefrei gestaltet
322 werden, um allen Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften – insbesondere Menschen, die auf Rollstühle
323 oder andere Bewegungshilfen angewiesen sind – einen gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen.

324 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,
325 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume,
326 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet
327 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung
328 und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf
329 einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete
330 Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung
331 sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

332 **Was tun?**

- 333
- 334 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden
335 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden,
 - 336 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung
337 und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger
338 Kommunen,
 - 339 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an den
340 Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion,
 - 341 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen,
 - 342 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen
343 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion,
 - 344 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen.

345 **Armut als Bildungshemmnis**

346 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutforschung
347 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler:innen ein
348 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen
349 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale
350 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das
351 gegliederte Schulsystem wollen wir überwinden. Forscher:innen und Studien zeigen regelmäßig auf,
352 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

353 **Mehrsprachigkeit garantieren**

354 In den NRW-Schulen sind sehr viele Schüler:innen natürlich mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu
355 Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der
356 „Gastarbeitergenerationen“. Das Recht auf Erhalt der Familiensprache ist sowohl in der Europäischen
357 Union als auch in den Europaratsstaaten garantiert.

358 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit sind deutsche
359 Staatsbürger:innen, unsere Kinder in der Kommune, die in ihrem Lernprozess unterstützt werden
360 müssen.

361 Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder und
362 Jugendlichen. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“
363 Sprachen und aller Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

364 Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht sein, um
365 den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen,
366 um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

367 Das Land NRW hat in diesem Feld nicht nur vielfache akademische Expertise, sondern ebenfalls ein
368 breites Fortbildungsangebot, das es vor Ort zu nutzen gilt.

369 **Grundschule**

370 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
371 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
372 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden Linke-
373 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen
374 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

375 Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die
376 Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der
377 Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler:innen
378 hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten
379 der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau
380 nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für
381 Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

382 **Die Linke fordert auf kommunaler Ebene:**

- 383 • sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganzttag,
- 384 • Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und enge
385 Zusammenarbeit von Sozialarbeiter:innen mit Familien,
- 386 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel,

387 • Die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schüler:innen zu begrenzen.

388 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft
389 minderen Qualität der Angebote für die Schüler:innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären
390 Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu
391 verhindern, sodass Die Linke sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung
392 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

393 Solange diese nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- 394 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip,
- 395 • die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die
- 396 Qualitätsverbesserung.

397 **Sekundarstufe I**

398 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

399 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagschulen
400 abgewiesen. Daher setzen sich Linke für Elternbefragungen ein, nach denen sich die
401 kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern
402 auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das
403 Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

404 **Sekundarstufe II**

405 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schüler:innen, um ein breit
406 gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das führt zu
407 einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu
408 begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für Lehrkräfte
409 und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern
410 für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

411 Daher setzt sich linke Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die
412 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Diese Oberstufenzentren könnten auch weit besser als
413 jetzige gymnasiale Oberstufen mit den Berufskollegs zusammenarbeiten.

414 **Inklusion im Bildungsbereich**

415 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

416 Deshalb werden Linke-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die
417 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation
418 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

419 Die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion sind so unzureichend, dass sie örtlich teilweise sogar zu
420 erhöhter Nachfrage nach Förderschulen geführt haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen
421 sind hier sehr begrenzt, die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so auszustatten, dass sie der
422 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können.

423 Daher wird linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

424 Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
425 ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
426 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der

427 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen
428 sinnvoll gewährleisten zu können.

429 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

430 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler:innenanzahl auf die Schulstruktur
431 massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von Grundschulen,
432 sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die Schließung. Das Prinzip
433 „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als Lippenbekenntnis statt!

434 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige
435 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich sind kein Hindernis für den Schließungswahn.
436 Da es schon seit langem keinen reinen Schüler:innenverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im
437 ÖPNV hinzu.

438 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune
439 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot
440 für Fünftklässler:innen machen kann.

441 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität. Die Folgen sind sofort spürbar:
442 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon mit
443 Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf dem
444 Land liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.

445 Daher wird sich linke Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen sowie für
446 Oberstufenzentren einsetzen, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für alle
447 realisierbar.

448 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

449 Trotz angeblichem Mangel an Bewerber:innen suchen viele Jugendliche vergeblich einen
450 Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote,
451 die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen
452 der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

453 Hier will linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ
454 und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
455 Anlaufpunkt erhalten.

456 **Weiterbildung**

457 Die Linke NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
458 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das
459 Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine
460 besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung
461 gerichtet werden müssen.

462 Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere
463 Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und
464 Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort
465 müssen dringend geändert werden.

466

467 **1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage**

468 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die
469 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche
470 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in
471 jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen
472 zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

473 Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative zur Novellierung des
474 Landesweiterbildungsgesetzes.

475 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am
476 Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten
477 tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert.
478 Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WbG NRW) wie die Pflichtaufgabe, der
479 Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig gefährdet.

480 **Wir fordern:**

- 481 • von der Landesregierung Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages
482 nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WbG NRW). 1 % des Landesbildungsbudgets soll für die
483 Förderung der Weiterbildung im Land, für Angebots- und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur
484 Verfügung stehen, wie dies auch die GEW NRW fordert.
- 485 • von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger, dass sie die
486 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von
487 Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich
488 bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist angesichts
489 der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend geboten.
- 490 • eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der
491 öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in
492 dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-
493 Kommission“.
- 494 • bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die
495 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und
496 für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die länderspezifischen
497 Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der
498 Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein
499 Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern.

500 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

501 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich
502 geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert
503 werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen
504 Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung
505 unterwerfen müssen.

506 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
507 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.
508 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige
509 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

510 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
511 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie im Aufbau und der Anleitung virtueller
512 Lernnetzwerke.

513 **Wir fordern:**

- 514 • das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur
515 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sekundarstufe I der
516 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 517 • Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
518 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen
519 Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant:innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge
520 zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit
521 neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem Teilnahmeentgelt anzubieten. Die
522 individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- 523 • Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt immer
524 mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer
525 werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und Zusammenhänge
526 notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die Angebote in der
527 Regel entgeltfrei sein.
- 528 • Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
529 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der
530 Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die
531 Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen.
532 Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- 533 • Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten
534 zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und kultursensible
535 Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit klientenzentrierten Konzepten,
536 guten Rahmenbedingungen und professionellem, wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit
537 tariflicher Eingruppierung wie bei den Mitarbeiter:innen der Volkshochschulen auch.

538

539 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

540 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen, dass
541 Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Nach
542 einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

543 Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse in
544 feste Stellen und damit eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und
545 Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

546 **Wir fordern:**

- 547 • den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
548 mindestens 45 Euro zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung
549 kann hier keine Anwendung finden.
- 550 • mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVÖD zu schaffen. Das
551 setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten
552 kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die
553 Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 554 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessensvertretung und Mitbestimmung
555 für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung (wieder) einzuführen (vgl. den
556 Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbständigkeit in Deutschland. Aktuelle
557 Reformoptionen“).

558 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

559 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind
560 vor Ort. Die Linke vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 561 • Wohnen: Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
562 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
563 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- 564 • Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an
565 den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die
566 Hochschulbedürfnisse.
- 567 • Studierenden-Card: Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch
568 für Studierende ermöglichen.

569 **Thema: Digitalisierung**

570 Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Digitalisierung, die nicht
571 in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene Datenhoheit
572 setzt. Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu und hat doch
573 Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche Dienstleistungen für
574 alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein Machtgefälle erschaffen darf
575 und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere Digitalisierung stärkt die Demokratie,
576 anstatt sie zu untergraben.

577 **Public Money – Public Code**

578 Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und Apple.
579 Durch Abomodellen und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und Bund) in
580 einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer weiter Geld
581 zahlen, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller genutzt werden.

582 Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das
583 heißt, dass proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch
584 quelloffene Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt MS Office.

585 Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss
586 eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigens
587 Software entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für Spezialanwendungen zur
588 Hand zu haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten Lizenzkosten decken. Der organisatorische
589 Aufwand kann durch Kooperation der Kommunen, z. B. über die bestehenden kommunalen
590 Verbände, für gemeinsame digitale Infrastruktur und Softwarelösungen bewältigt werden. Durch
591 Quelloffenheit ergibt sich, dass von einer Kommune entwickelte oder verbesserte Software allen
592 anderen zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit
593 in Sachen digitale Infrastruktur und Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle
594 Verwendung öffentlicher Gelder zum Wohle aller.

595 **Die Linke fordert:**

- 596
- Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen,
 - Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur,
 - Weiterentwicklung von Open-Source-Lösungen.
- 597
- 598

599 **Verwaltung digitalisieren, aber behutsam**

600 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger:innen und Unternehmen Entlastung
601 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht
602 zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards
603 ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den
604 öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Es besteht weiterhin ein Recht
605 auf einen analogen Zugang.

606 Wir streben Datensparsamkeit für Bürger:innen an. Daten sollen nur erhoben werden, wenn sie
607 wirklich benötigt werden. Wir wollen eine bessere Aufklärung darüber, welche Daten erhoben
608 werden und explizite Zustimmung.

609 Bürger:innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen. Wir
610 setzen uns für die Einführung von Transparenzstatuten ein. Diese müssen von sich aus sämtliche

611 öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter:innen oder
612 Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen. Ein solches Portal muss dabei leicht
613 zugänglich und verständlich sein. Gleichzeitig muss es offene Schnittstellen anbieten. Bürger:innen
614 können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

615 **Die Linke fordert:**

- 616 • digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen,
- 617 • hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen,
- 618 • Datensouveränität für Bürger:innen.

619 **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

620 Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer noch
621 fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand sein.

622 Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte digitalen
623 Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger:innendatenetze und Freifunk wollen wir
624 unterstützen und fördern.

625 Smart-City-Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf
626 Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten
627 Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten sowie die verwendeten Hard- und
628 Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

629 Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht auf Basis von
630 Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung vorantreiben. Sie müssen für die
631 Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und
632 die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen müssen
633 von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in einen demokratisch
634 organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

635 **Die Linke fordert:**

- 636 • Ausbau der Netzinfrastruktur,
- 637 • Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens.

638 **Digitalisierung und Bildung**

639 In der Digitalisierung der Bildung hat sich in den letzten Jahren viel getan. An den meisten Schulen ist
640 eine Ausstattung mit Geräten erfolgt. Doch ist die Digitalisierung als zusätzliche Aufgabe an den
641 Lehrkräften hängen geblieben. Wir fordern, dass Schulen eigene Fachkräfte im Bereich
642 Systemadministration und IT-Support bekommen, die nur für Wartung und technische Hilfestellung
643 zuständig sind.

644 Wir wollen, dass angeschaffte Geräte möglichst lange verwendet werden, um das Anfallen von
645 Elektroschrott zu vermeiden. Eingestellte Updates können durch die Installation freier
646 Betriebssysteme umgangen werden. Auch braucht es an den Schulen Know-how im Bereich der
647 Reparatur der Geräte. Hier können auch Lehrpersonal und Schüler:innen mit eingebunden werden.

648 Wir brauchen Konzepte für eine bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung. Wenn das Arbeitsblatt
649 nun von einem Tablet abgelesen wird, anstatt es auszudrucken, dann ist dies kein digitaler Fortschritt,
650 sondern führt eher dazu, dass Schüler:innen abgelenkt werden. Wir wollen die digitale Bildung
651 ausweiten, insbesondere müssen Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Rechte im digitalen
652 Raum behandelt werden. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing und Medienkompetenz

653 müssen Teil des Lehrplans sein. Außerdem darf die Anschaffung von Apple-Geräten nicht dazu
654 führen, dass digitale Bildung heißt, die Schüler:innen an einen Hersteller zu gewöhnen. Sie sollen
655 stattdessen lernen, dass es eine große Bandbreite an (freier) Software gibt. Wir fordern, dass die zur
656 Verfügung stehenden offenen Bildungsplattformen genutzt und weiterentwickelt werden und die
657 Nutzung proprietärer Plattformen reduziert wird.

658 **Die Linke fordert:**

- 659 • Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support in Schulen,
- 660 • Recht von Lehrer:innen auf Weiterbildung zum Thema Digitalisierung,
- 661 • umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität,
- 662 Medienkompetenz und Cybermobbing,
- 663 • keine Herstellerabhängigkeit an Schulen.

664 **KI nur maßvoll einsetzen**

665 Wir fordern, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche
666 Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype und es werden in vielen Bereichen KI-Lösungen vorgeschlagen,
667 die besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine zuverlässig korrekten
668 Antworten, ist äußerst rechenaufwändig und hat damit einen hohen Energiebedarf. Hinzu kommen
669 diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-System zu seinen Entscheidungen
670 kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

671 Da KI immer auf bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen sexistischen,
672 rassistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden dann von den KI-Systemen in
673 ihren Entscheidungen wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI eingesetzt wird, muss
674 sichergestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns
675 gegen die Übergabe von kompletten Personendaten in KI-Anwendungen. Belange des Datenschutzes
676 und des Urheberrechtes müssen ebenso immer berücksichtigt werden. Es muss auch im Vorhinein
677 geklärt sein, wie und wann neue Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute
678 Training der KI auf neuen Daten äußerst aufwändig ist.

679 **Die Linke fordert:**

- 680 • Bevorzugung von Programmen, die ohne generative KI arbeiten,
- 681 • Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt.

682 **Cybersecurity**

683 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind
684 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere digitale Infrastruktur kann es
685 keine Datensicherheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger:innen und Unternehmen dabei
686 unterstützen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen bei diesem Thema zusammenarbeiten.

687 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
688 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten und
689 zivilgesellschaftlichen Gruppen geschehen. Ein wichtiger Teil von Cybersicherheit sind dabei die
690 Menschen, die mit den Systemen arbeiten. Hier braucht es verpflichtende Schulungen für
691 Mitarbeiter:innen, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger:innen.

692 **Überwachung verhindern**

693 Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine Videoüberwachung im
694 öffentlichen Raum, insbesondere wenn diese mit „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden

695 sollen. Wir stellen uns gegen Projekte der Polizei, in denen sie einzelne Straßen kurzfristig oder
696 dauerhaft videoüberwachen. Wir sind auch gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die
697 mit weiterer Überwachung einhergehen, wie z. B. die Einführung von Bodycams.

698 **Die Linke fordert:**

- 699 • keine Videoüberwachung,
- 700 • keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst.

701 **Thema: Frieden**

702 **Städte und Gemeinden für Frieden und globale Gerechtigkeit**

703 Internationale Politik ist Bundesaufgabe. Trotzdem fragen sich viele Menschen, was sie in ihrer Stadt
704 oder Gemeinde tun können, um sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen. Und da
705 gibt es eine ganze Menge mehr, als man so denkt.

706 Die Linke widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der umfassenden
707 Militarisierung der Gesellschaft und setzt sich für eine friedensfähige Gesellschaft ein. Wir wehren
708 uns nicht nur gegen die Aufstockung der Militärausgaben und die damit einhergehende Kürzung von
709 Sozialausgaben, sondern gegen die Mobilmachung der Bevölkerung für den Krieg: Wiedereinführung
710 der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um Kinder auf den Krieg einzustimmen, die
711 Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten – all das soll der Kriegstauglichkeit der Gesellschaft
712 dienen. Sogar Krankenhäuser sollen nun für den Kriegsfall „ertüchtigt“ werden, dabei steht schon die
713 Versorgung der Bevölkerung im Normalfall infrage.

714 Wir Linken setzen uns in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass die Städte, Kreise und
715 Gemeinden das Friedensengagement ihrer Bewohner:innen aktiv unterstützen. Das geht zum Beispiel
716 so:

- 717 • Wir fordern ein, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sich zur atomwaffenfreien
718 Zone erklären und den Städteappell der Internationalen Kampagne zum Atomwaffenverbot
719 (ICAN) unterschreiben.
- 720 • Wir engagieren uns gegen die Anlage städtischer Gelder in Finanzprodukten, die im
721 Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie, der Atomindustrie und den fossilen
722 Energiekonzernen stehen.
- 723 • Wir engagieren uns gegen Standorterweiterungen von Rüstungskonzernen und
724 Militärstandorten und setzen uns für die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ein
725 (Rüstungskonversion).
- 726 • Wir streiten gegen die Militarisierung von Verwaltung, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen
727 und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel für Bunkerbau. Der Katastrophenschutz muss
728 ausgebaut werden und zivil bleiben. Zivil-militärische Übungen lehnen wir ab.
- 729 • Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen und bei Jobmessen für
730 Schüler:innen und setzen uns für Erziehung zum Frieden und für gewaltfreie Konfliktaustragung
731 ein. Wir informieren Jugendliche und Eltern über ihr Recht, die Weitergabe von
732 Meldeamtsdaten an die Bundeswehr zu untersagen.
- 733 • Wir fördern Projekte von Bildungs- und Kultureinrichtungen, in denen sich mit den Ursachen
734 und Folgen von Krieg, Aufrüstung und gesellschaftlicher Militarisierung beschäftigt wird.
- 735 • Wir hören den Menschen zu, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind und
736 beziehen sie als wichtige Augenzeug:innen in die kommunale Friedensarbeit ein. Mit
737 migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch Verfolgte
738 und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zusammen.
- 739 • Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von psychosozialen Zentren für Kriegs- und
740 Folteropfer und setzen uns dafür ein, dass auch Bund und Land hier wieder mehr finanzieren.
- 741 • Wir schützen verfolgte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in unsere Kommune
742 geflohen sind, vor der Abschiebung in ihr Herkunftsland, egal ob sie aus Russland, Belarus, der
743 Ukraine, dem Sudan, Syrien oder Eritrea kommen.

- 744
- 745
- 746
- 747
- 748
- 749
- 750
- 751
- 752
- 753
- 754
- 755
- 756
- 757
- 758
- 759
- Wir pflegen internationale Beziehungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und werben auch in diesem Rahmen für Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung des Friedens, Abrüstung und globale Gerechtigkeit.
 - Wir treten dafür ein, dass Waren aus fairem Handel in städtischen Einrichtungen wie Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken oder bei Volksfesten einen festen Platz auf den Einkaufslisten erhalten. Wir unterstützen nicht kommerzielle Fair-Trade-Läden.
 - In Hochschulstädten kämpfen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten für starke Zivilklauseln, die Forschung und Lehre zugunsten von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ausschließen.
 - Wir dulden keine Gewaltverherrlichung und keine Relativierung von Kriegsverbrechen oder Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den Menschenrechten ist eindeutig: Wir stehen immer an der Seite derjenigen, denen Menschenrechte vorenthalten werden.
 - Wir stellen uns gegen jegliche Kooperationen von Rüstungskonzernen mit kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen und Bildungsstätten.

760 **Thema: Geschlechtergerechtigkeit**

761 **Das Leben ins Zentrum stellen: Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

762 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
763 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der öffentlichen
764 Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der
765 nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 17 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in
766 Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und Menschenrechtsverletzungen sind
767 kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden
768 müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein nicht aus. Die kommunale Politik muss dabei die Bedarfe
769 von trans, inter und nicht-binären Personen ausdrücklich mitdenken. Geschlechtergerechtigkeit
770 umfasst alle Geschlechter und muss aktiv gefördert werden.

771 Die ehemals klaren Grenzen zwischen den Bereichen Arbeit und Privatleben verwischen, verstärkt
772 durch die zunehmende Arbeit im Homeoffice. Ein selbstbestimmtes Leben aber erfordert ein
773 eigenständiges Bestimmen über die eigene Zeit: für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit für Familie, Bildung
774 und Engagement im Kultur- und auch im politischen Bereich und für die eigene Erholung. Das setzt
775 eine Tätigkeit mit einem existenzsichernden Einkommen voraus.

776 Die Realität sieht anders aus: Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer
777 Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleinerziehenden. Die
778 geringe Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten tragen dazu bei, dass Frauen dann auch
779 im Alter mit Armutsrenten auskommen müssen.

780 Der erste mögliche Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Aufteilung von bezahlter und
781 unbezahlter (Pflege)Arbeit ist die Erwerbszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden für Frauen und
782 Männer bei vollem Lohnausgleich, gleichwertiger Bezahlung und familien- und bildungsfreundlichen
783 Arbeitszeitmodellen.

784 Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen müssen durch eine würdige
785 Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

786 Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich, um
787 diese Diskriminierungen aufzuheben. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene
788 Lebenssituation ist zu garantieren.

789 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere
790 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen
791 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und unterstützen die
792 Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der
793 Medizin durchführen.

794 **Die Linke fordert:**

- 795 • das Ende der Benachteiligungen und der Armut von Frauen durch Niedriglöhne; insbesondere
796 Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung,
- 797 • Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor Ort, unter
798 anderem bei der Wohnungsbeschaffung,
- 799 • einen langfristig bezahlbaren Wohnraum,
- 800 • die Sicherung bestehender Wohnmöglichkeiten,
- 801 • die Sicherstellung von Betreuungsplätzen in Kitas und den weiteren Kita-Ausbau, sowie
802 verlässliche Betreuungszeiten,

- 803 • eine Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall,
- 804 • den Erhalt von wohnortnahen Krankenhäusern und solchen mit Geburtsabteilungen,
- 805 • die Unterstützung für Hebammen sowie den freien Zugang zu Beratungsstellen, Arztpraxen und
- 806 anderen Einrichtungen,
- 807 • die Rekommunalisierung der Pflegeeinrichtungen und das Profitverbot in der Altenpflege,
- 808 • die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum, z. B. durch Straßenbeleuchtung,
- 809 Notrufsäulen, kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

810 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

811 Der Schutz von Frauen, Transpersonen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss
812 auf kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
813 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
814 Beratungsstellen muss sichergestellt werden sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung
815 stehen. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
816 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche
817 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig
818 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von
819 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

820 Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu finanzieren. Das
821 weitverbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten über Tagessätze muss
822 endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und
823 darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind längst Bestandteil
824 internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in
825 der Pflicht steht.

826 Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter
827 für das Thema patriarchale Gewalt, von der primär Frauen und queere Personen betroffen sind,
828 sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz einheitlich umgesetzt wird. Besondere
829 Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von
830 Gewalt betroffen sind.

831 Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
832 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
833 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft werden.

834 **Die Linke fordert:**

- 835 • die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung,
- 836 • die Unterstützung von Frauenprojekten statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen,
- 837 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen,
- 838 • den Ausbau der Beratungsangebote und der Förderung von jungen Frauen,
- 839 • die existenzsichernde Unterstützung der bestehenden Frauenhäuser,
- 840 • die Anzahl der Frauenhäuser zu erweitern,
- 841 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen,
- 842 • die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln,
- 843 • die Abgabe von Verhütungsmitteln auf Rezept ohne Zuzahlung,
- 844 • die Quotierung von Entscheidungsgremien und keine Beschränkungen der Teilhabe von Frauen
845 an politischen Diskursen und Entscheidungen.

846

847 **Thema: Gesundheit**

848 Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser von Wirtschaftlichkeit geprägtes und über
849 Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der Vergangenheit
850 als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen ist es seit
851 Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem zu erweitern
852 und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich inzwischen deutlich
853 unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im Altenpflegebereich und die
854 in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der Grundversorgung ganz besonders.

855 Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen: Überlastete
856 Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf Facharzttermine und
857 steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern dringende Maßnahmen.
858 Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg zur Entbindung fürchten und
859 Eltern, die verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr schwer erkranktes Kind suchen, zeigen
860 die sich weiter zuspitzende Lage der Gesundheitsversorgung. Die aktuellen Reformen sind
861 unzureichend und verschärfen die Probleme. Eine Krankenhausreform, die auf Zentralisierung setzt
862 und ländliche Regionen vernachlässigt, sowie eine Apothekenreform, die die Qualität der Beratung
863 mindert, führen nicht zu einer besseren Versorgung.

864 Die Linke sagt: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss entsprechend organisiert
865 werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns für
866 ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und eine
867 solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft, in die Alle einzahlen und von der alle
868 Mitglieder profitieren.

869 Eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
870 Krankenhäusern besonders im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Von den Landkreisen betriebene
871 Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen sind einzurichten.

872 **Für gesunde Städte und Gemeinden wollen wir:**

- 873 • bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung,
- 874 • Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand,
- 875 • Stärkung kommunalpolitischen Handelns für gezielte Gesundheitsbildung und
876 -förderung vor Ort, besonders in Kitas und Schulen,
- 877 • regionale Gesundheitskonferenzen zur gemeinsamen Planung von Angeboten,
- 878 • mobile Arztpraxen und ambulant-stationäre Versorgungszentren,
- 879 • kommunale Gesundheitszentren mit bei den Kommunen oder Landkreisen angestelltem
880 medizinischen Personal.

881 **Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene** muss die gesundheitliche Ungleichheit besonders da
882 bekämpfen, wo Armut krank macht: Auf dem Land, wie in den Stadtteilen und großen
883 Wohnquartieren ist die pflegerische und gesundheitliche Versorgung mit sozialer Beratung zu
884 verknüpfen und durch entsprechendes Fachpersonal zu koordinieren.

885 Die Politik vor Ort braucht hierfür finanzielle Mittel und rechtliche Kompetenzen. Vorschläge wie
886 besondere Ambulanzen für Unversicherte und kommunale Übernahme freier Arztsitze sind
887 notwendig. Das System der Kassenärztlichen Vereinigungen muss reformiert und zumindest zur
888 kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

889 **Gute Gesundheitsversorgung auf dem Land** erfordert mobile Praxen und spezialisierte
890 Gesundheitsfachkräfte. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist entscheidend, um
891 Schließungen zu verhindern und die demokratische Planung zu gewährleisten.

892 **Pflege kommunal unterstützen:** Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege. Diese
893 überwiegend in die Hände von Angehörigen zu geben ist nur verantwortlich, wenn fachliche
894 Begleitung und Unterstützung organisiert und finanziert ist. Die Linke fordert eine solidarische
895 Pflegeversicherung auf Bundesebene und will vor Ort kommunale Pflegeeinrichtungen stärken.

896 **Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist die wirksamste
897 Präventionsmaßnahme. In kommunalen Jobcentern sollte die Gesundheit von Armutsbetroffenen im
898 Fokus stehen. Die Priorität muss auf Ermutigung liegen, nicht auf Sanktionen.

899 **Zugang zu Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüchen sichern:** Ungewollt
900 Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere Schwangerschaftsabbrüche.
901 Deswegen fördern wir in den Kommunen Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell
902 gebundenen Trägern und unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die
903 Schwangerschaftsabbrüche nach dem aktuellen Stand der Medizin durchführen.

904 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik** setzt sich Die Linke für eine umfassende Regulierung
905 aller Drogen ein. Suchtprävention muss auf kommunaler Ebene stattfinden und auch die
906 Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken infrage stellen. Ambulante Suchthilfe muss als Teil der
907 kommunalen Daseinsvorsorge finanziert und ausgebaut werden.

908 **Thema: Inklusion**

909 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

910 Seit 2008 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von Deutschland unterzeichnet
911 worden ist. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den
912 vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit
913 Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen
914 innewohnenden Würde zu fördern.

915 In der Staatenprüfung 2023 in Genf stellte der zuständige Fachausschuss der UN fest, dass es in
916 Deutschland erhebliche Mängel in der Umsetzung der Rechte für Menschen mit Behinderungen und
917 in der Barrierefreiheit gibt. Es gibt immer noch Förderschulen, es gibt keinen inklusiven Arbeitsmarkt
918 und Geflüchtete mit Behinderungen bekommen keine ihrer Beeinträchtigung entsprechende
919 Gesundheitsversorgung.

920 Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW. Aber immer noch gibt es in NRW z. B. zu
921 wenig barrierefreie Wohnungen oder einen Maßregelvollzug, der Menschen mit Behinderungen bei
922 der gleichen Straftat länger die Freiheit entzieht als Menschen ohne Behinderungen.

923 Wir wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein in NRW
924 für alle Menschen, mit oder ohne Behinderungen so verändern, dass die Teilhabe an allen
925 gesellschaftlichen Bereichen, dass ein barrierefreies und inklusives Leben gewährleistet ist.

926 Mit dem Landeshaushalt 2025 hat die Landesregierung von CDU und GRÜNEN die Teilhabe für viele
927 Menschen erheblich verschlechtert: Im Bereich der Inklusion wurden z. B. die Mittel für die berufliche
928 Inklusion, die Agentur Barrierefrei und die Mittel für die Gleichstellung von Menschen mit
929 Behinderungen massiv gekürzt, teilweise über 50 %!

930 Als Linke streiten wir für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung und viele andere
931 Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm sind, alt oder jung, eine andere
932 Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere geschlechtliche Orientierung haben.
933 Wir treten entschieden ein für eine vielfältige Gesellschaft.

934 Dazu gehören:

- 935 • die barrierefreie, inklusive, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft,
- 936 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Ergebnisses der Staatenprüfung
937 in Genf.

938 Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

939 Was wir dafür brauchen, ist ein echtes Teilhabekonzept, nicht einen halbherzigen „Aktionsplan NRW
940 inklusiv“, das

- 941 • bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet,
- 942 • gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

943 Dafür muss ein umfassender Inklusionsplan erarbeitet werden, ausgestattet mit ausreichend
944 personellen und finanziellen Ressourcen, der danach konsequent umgesetzt wird.

945

946 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

947 Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt
948 inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie
949 barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

950 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt werden, müssen nach
951 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie
952 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1.
953 Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld
954 geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört
955 auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche
956 Leistung. Dabei muss eine individuelle Lösung für jede Person ermöglicht werden.

957 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
958 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen
959 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senior:innen,
960 Fahrradfahrer:innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle
961 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente
962 beantragen.

963 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

- 964 • Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
965 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne
966 Behinderungen gleichermaßen,
- 967 • Schulung von Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung
968 zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben,
969 lernen und arbeiten können,
- 970 • Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um
971 auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie das Verständnis für Menschen mit
972 Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern,
- 973 • umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, z. B.
974 Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen),
- 975 • Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen
976 demokratisch gewählt werden und die Rederecht und Antragsrechte in den Räten und
977 Ausschüssen haben,
- 978 • Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragten in jeder Kommune; diese:r soll u. a.
979 Ansprechpartner:in für alle Bezugsgruppen sein,
- 980 • die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations-, Senioren-
981 und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen zusammenarbeiten
982 können.

983 **Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- 984 • flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior:innen und Menschen mit
985 Behinderungen, zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür, damit sie
986 die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen,
- 987 • systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung
988 der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen,

- 989 • Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
- 990 barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW eingeschaltet
- 991 werden.
- 992 • Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen und
- 993 optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle,
- 994 • flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
- 995 ganzen öffentlichen Raum,
- 996 • Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe,
- 997 • verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit
- 998 mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln,
- 999 • Umrüstung der Fahrzeuge und Haltestellen des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit,
- 1000 • Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und
- 1001 Dienstleistungen,
- 1002 • Schulung der Fahrer:innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und Menschen mit
- 1003 Behinderungen.

1004 **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- 1005 • Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung,
- 1006 • barrierefreier Ausbau der Stadtbibliotheken und bedarfsgerechte Ausstattung mit
- 1007 barrierefreien Medien, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher
- 1008 Sprache, Brailleschrift und in anderen Sprachen,
- 1009 • Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen,
- 1010 • Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für Menschen
- 1011 mit Behinderungen in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen,
- 1012 • Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Caterings von Schulen und öffentlichen
- 1013 Einrichtungen an Inklusionsbetriebe,
- 1014 • Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter.

1015 **Gesundheit und Pflege:**

- 1016 • „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 1017 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen
- 1018 Wohnungsbaugesellschaften,
- 1019 • Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von
- 1020 Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen,
- 1021 • Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und
- 1022 Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser).

1023 **Beratung, Kommunikation und Information:**

- 1024 • es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die
- 1025 Webseite bis zum Gebäude,
- 1026 • Beratungsangebote in Leichter Sprache,
- 1027 • sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein,
- 1028 • alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als
- 1029 Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger:innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten
- 1030 können,
- 1031 • alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein,
- 1032 einschließlich Gebärdensprachdolmetschen bei Bedarf,

- 1033
- 1034
- Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB, Rechtsanwälte etc.).

1035 **Thema: Kinder und Jugend**

1036 **Städte und Gemeinden fit machen für die nächste Generation**

1037 Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-
1038 Westfalens gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein auf
1039 ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die
1040 Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und nach
1041 seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der Kinder- und
1042 Jugendhilfe katastrophal.

1043 **Jedem Kind einen Kita-Platz**

1044 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kann in unseren Städten und Gemeinden vielfach nicht
1045 gewährleistet werden. Noch immer müssen einige Eltern den Platz für ihr Kind erst einklagen. Das
1046 Problem des Personalmangels bekommt die Landesregierung seit Jahren nicht in den Griff. Immer
1047 öfter müssen die Kitas deshalb ihr Angebot einschränken. Wir brauchen also dringend weitere
1048 Maßnahmen des Landes zur Überwindung des Personalmangels. Dazu gehören auch intelligente
1049 Konzepte der Kommunen, um die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal zu verbessern.
1050 Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter Nordrhein-Westfalens die Beschäftigten so
1051 unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund ausüben können. Kitas
1052 sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem beschäftigt sind, sondern
1053 wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen Lernens, denn das beginnt nicht
1054 erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach deshalb auch für alle Kinder komplett
1055 gebührenfrei sein.

1056 **Kinderarmut wirksam bekämpfen!**

1057 NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen.
1058 Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit
1059 Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf
1060 ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus
1061 zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um den
1062 Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute Zukunftsperspektiven
1063 zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in diesem Bereich sogar drastisch
1064 kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und damit die Konflikte im Land.

1065 Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir brauchen
1066 nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale Einrichtungen
1067 sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche verzichten. Ein
1068 diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien unkompliziert ausgegeben
1069 werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Theater und
1070 andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte und Gemeinden in NRW
1071 zusammenarbeiten und ihre Berechtigungsnachweise gegenseitig anerkennen.

1072 Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein
1073 kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

1074 Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise
1075 richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus. Wir brauchen
1076 dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für
1077 Kinder und Jugendliche.

1078 **Jedem Kind ein gutes Zuhause**

1079 Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und
1080 gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt. Doch
1081 die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in dieser Zeit
1082 nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor ihrer eigenen
1083 Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise Unterbringungsmöglichkeiten,
1084 dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch ein guter Platz für ein
1085 schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen dringend stärker
1086 unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute Unterbringungsmöglichkeiten
1087 geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen gerecht
1088 werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter enger interkommunal
1089 zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die Angebote der Kinder- und
1090 Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden zugeschnitten
1091 werden.

1092 **Unsere Städte und Gemeinden gehören nicht nur den Erwachsenen**

1093 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können, auch die
1094 jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht nur am Autoverkehr orientieren, sondern
1095 für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung, getrennten Radwegen und
1096 weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung, dafür aber mehr Grün- und
1097 Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen dazu besonders in
1098 benachteiligte Sozialräume und deren Aufwertung fließen.

1099 Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen
1100 Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer
1101 das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also in unseren
1102 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei sie
1103 betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und
1104 Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können, müssen
1105 besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden.

1106 **Thema: Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt und Tierschutz**

1107 Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht. Auch Teile von NRW waren in den vergangenen Jahren
1108 von verheerenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder leugnen noch
1109 vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und Gemeinden einen
1110 großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die Effekte des Klimawandels
1111 vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn Klimaschutz, den sich nur
1112 Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle nicht weiter. Unsere linke
1113 Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und
1114 dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu
1115 tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität
1116 der Kommunen bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

1117 **Kommunaler Klimaschutz**

1118 Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise
1119 anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft,
1120 Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte sowie eine dezentrale Energieversorgung.

1121 Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns vor
1122 den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können, ist nicht
1123 zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne erforderlich.
1124 Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit kapitalistischer
1125 Profitwirtschaft nicht gelingen.

1126 Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner:innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir
1127 gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser
1128 schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und
1129 Artenschutz leisten.

1130 Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr,
1131 Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement und vieles
1132 andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des
1133 kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen. Wir brauchen ab sofort

- 1134 • die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035,
- 1135 • die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen,
- 1136 • ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern.

1137 Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus hin zu Gemeinwohlorientierung,
1138 kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden.

1139 **Schutz vor den Folgen des Klimawandels**

1140 Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten.
1141 Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst werden.
1142 Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert, Frischluftschneisen
1143 erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden, wie mehr Bäume gepflanzt sowie Fassaden
1144 und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt.
1145 Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für
1146 Vögel und Insekten schaffen.

1147 Gegen Starkregeneignisse wie z. B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die
1148 Bevölkerung muss für die Gefahren sensibilisiert, Starkregengefahrenkarten angelegt,
1149 Frühwarnsysteme eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche Maßnahmen gegen
1150 Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer müssen ebenso
1151 renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

1152 Digitale Hochwasser- und Starkregenwarnsysteme müssen ausgebaut und mit Echtzeit-Informationen
1153 für die Bürger:innen ausgestattet werden. Die Vernetzung zwischen Rettungskräften, Kommunen und
1154 Anwohner:innen muss verbessert werden, damit im Ernstfall schnell und koordiniert reagiert werden
1155 kann. Warnungen müssen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Vorbildung oder Muttersprache
1156 – verständlich sein, indem sie in einfacher Sprache barrierefrei bereitgestellt werden, damit klar ist,
1157 welche Warnstufen welche Gefahr bedeuten und welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind.
1158 Gleichzeitig müssen Warnsysteme präziser werden, indem sie gezielt betroffene Gebiete statt ganze
1159 Landkreise informieren. Notfallpläne für besonders betroffene Gebiete sowie Aufklärungskampagnen
1160 und Schulungen sind notwendig, um die Bevölkerung für Gefahren zu sensibilisieren und konkrete
1161 Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

- 1162 • Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft, wie
1163 z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz dieser
1164 Einrichtungen werden ergriffen.
- 1165 • Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt, sofern
1166 sie noch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung angepasst sind.
- 1167 • Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
1168 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 1169 • Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

1170 **Agrarpolitik**

1171 Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert
1172 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
1173 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

1174 Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- 1175 • Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen
1176 künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland soll
1177 ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden. Nicht
1178 verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und
1179 Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den kommenden
1180 zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 1181 • Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch
1182 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der
1183 Region.
- 1184 • Linke Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung aller öffentlichen Kantinen,
1185 Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche ökologische, saisonal und regional erzeugte
1186 Nahrungsmittel an.
- 1187 • Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
1188 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur
1189 überlassen werden.

- 1190 • Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
1191 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und
1192 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
1193 vermieden werden.
- 1194 • Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
1195 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre
1196 Entsiegelung zu erreichen.

1197 **Energiepolitik**

1198 Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
1199 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel
1200 unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und
1201 darf nicht profitorientiert sein.

1202 Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- 1203 • Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle. Den
1204 Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.
1205 Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Einwohner:innen, um den
1206 wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf
1207 Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen durch die
1208 Energieversorger bei Zahlungsrückständen.
- 1209 • Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.
1210 Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke
1211 Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwerfen, wie sie bis zum Jahr 2030
1212 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und
1213 Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen Energieversorgers
1214 versorgt werden.
- 1215 • Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
1216 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und
1217 Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- 1218 • Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und den
1219 Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die
1220 Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-
1221 Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben
1222 wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller
1223 Ausstattung geschaffen.
- 1224 • Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf
1225 Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 1226 • Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer
1227 Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut.
- 1228 • Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen
1229 sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein Solardachpotential-Kataster. Sie
1230 verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude
1231 einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt,
1232 Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des
1233 städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer
1234 Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private

- 1235 Bauherr:innen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen
1236 verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei
1237 Neubauten sollte angestrebt werden.
- 1238 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
1239 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete mit
1240 bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Als Linke setzen wir uns dafür ein,
1241 dass dieser sozial verträglich gestaltet ist.
- 1242 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine
1243 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen
1244 umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter:innen und
1245 Eigenheimbesitzer:innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für
1246 alle muss bezahlbar sein. Mieter:innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir
1247 CO₂-Preise im Wärmebereich ab.
- 1248 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen
1249 ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die
1250 Menschen nicht allein lassen: Kein:e Normalverdiener:in darf durch Klimaschutz finanziell
1251 mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten
1252 für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit Beteiligung
1253 der Bürger:innen, Mieter:innen und Umweltverbände.
- 1254 Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf
1255 Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung
1256 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen bekommen den
1257 Heizungstausch mit bis zu 100 % bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig gestaffelt. Für
1258 einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel
1259 82 % der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42 % der Kosten erstatten, inklusive des
1260 Tauschs der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte
1261 Kredite der KfW, so dass Mehrkosten für das Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten
1262 für effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können.
1263 Spitzenverdiener:innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer
1264 Luxusvillen selbst bezahlen.
- 1265 **Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben**
- 1266 In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In unseren
1267 Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das
1268 Insektensterben muss aufgehalten werden.
- 1269 Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum Schutz
1270 und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört unter anderem:
- 1271 • In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine Pestizide
1272 eingesetzt werden.
 - 1273 • Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
 - 1274 • Bestehende Biotope müssen verbunden werden.
 - 1275 • Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für wandernde
1276 Arten anbieten.
 - 1277 • Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.

- 1278 • Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der Luchs,
1279 müssen wieder angesiedelt werden.
- 1280 • Die Ausbreitung invasiver Arten wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc. muss in
1281 ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten beobachtet und
1282 bewertet werden.

1283 **Tierschutzpolitik**

1284 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt
1285 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere
1286 die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben
1287 unterworfen.

1288 Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der
1289 Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche
1290 Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische
1291 Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent
1292 artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert
1293 wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale
1294 Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

1295 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem
1296 Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für linke Kommunalpolitik:

- 1297 • keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inklusive Ponykarussells auf Volksfesten,
- 1298 • Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen,
- 1299 • Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin,
- 1300 • soziale Staffelung der Hundesteuer,
- 1301 • kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen,
- 1302 • Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten,
- 1303 • Erstellung eines Stadttaubenkonzeptes,
- 1304 • keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken,
- 1305 • Verbot von Reptilienbörsen,
- 1306 • Verpflichtung für Zoos, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die Haltung nicht zu
1307 genehmigen,
- 1308 • Schließung von Delphinarien,
- 1309 • Unterordnung der Silvesterböllerei unter den Tier- und Umweltschutz.

1310 **Thema: Kultur**

1311 **Kunst und Kultur für Alle**

1312 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist im Wandel begriffen und bietet uns einen breiten
1313 Zugang zur Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen, die es zu entdecken gilt. Die Diversität von
1314 Kunst und Kultur, die wir persönlich und unsere Mitbürger:innen mit internationaler
1315 Familiengeschichte mitbringen, prägen unser Zusammenleben und verändern es. Diese Vielfalt ist für
1316 Die Linke im Rahmen ihrer Kommunalpolitik ein bedeutender Bestandteil. Wir nutzen hierbei, dass
1317 der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen nach Art. 18 der Landesverfassung NRW-
1318 Verfassungsrang genießt.

1319 **Bedeutung von Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1320 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den
1321 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und
1322 unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater, Konzerthäuser,
1323 Tanzbühnen und Museen müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen.
1324 Auch freie Träger, Spielstätten, Initiativen und weitere Akteure der freien Szene sind derzeit durch
1325 massive Kürzungen bedroht. Daran ändert auch das vom Land verabschiedete Kulturfördergesetz
1326 wenig. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten
1327 auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die
1328 erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1329 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im
1330 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem
1331 Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit, Wahrheit,
1332 den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht politisch
1333 instrumentalisiert werden.

1334 Kulturelle Förderung muss unabhängig von politischen Machtinteressen gewährleistet sein und darf
1335 nicht als Mittel zur Einschränkung unliebsamer Akteur:innen genutzt werden. Die Bekämpfung
1336 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Sexismus, Rassismus und Antisemitismus, muss
1337 als integraler Bestandteil der Kulturförderung anerkannt bleiben.

1338 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1339 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik
1340 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des
1341 Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten
1342 verpflichtet. Kulturpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen,
1343 ihre Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur,
1344 selbstverwalteten Bürger:innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien,
1345 von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis
1346 zur Theaterarbeit müssen ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt
1347 werden.

1348 **Finanzierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum**

1349 Die Kommunen erhalten über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen Aufgaben.
1350 Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen Aufgaben zu
1351 finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden, sind zudem höchst
1352 unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten Stärkungspaktgesetz

1353 unterliegen, können leider nur wenig Geld für Kultur ausgeben, weil die zur Verfügung stehenden
1354 Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So kann kreative Vielfalt nur begrenzt gelebt
1355 werden und der kulturelle Verfassungsauftrag des Landes NRW wird unterlaufen. Auch hier zeigt sich
1356 besonders die Wichtigkeit der von uns seit Jahren geforderten Altschuldenentlastung der Kommunen
1357 im Land.

1358 **Die Linke fordert:**

- 1359 • sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell,
- 1360 • Ausbau von Kulturangeboten in den Stadtteilen, auf dem Land und besonders an Orten, wo der
1361 Zugang zu Theatern, Konzerten und Ausstellungen nicht selbstverständlich ist,
- 1362 • institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler:innen und Kultureinrichtungen,
- 1363 • Orientierung kommunaler Förderprogramme an der neuen Honorarmatrix des Landes NRW
1364 und Sicherstellung, dass Honoraruntergrenzen eingehalten werden. Dabei darf es nicht zu einer
1365 Reduzierung kultureller Projekte und Initiativen kommen.
- 1366 • kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer
1367 Finanzierung,
- 1368 • Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer
1369 Musikschulen,
- 1370 • Bereitstellung von Ausstellungs- und Probenräumen für die freie Szene (Nutzung von
1371 Leerständen),
- 1372 • Schaffung von Ausstellungsflächen für die freien Künstler:innen,
- 1373 • Sicherung der kommunalen Zuschüsse für örtliche Kunst- und Kulturvereine,
- 1374 • Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen, die
1375 sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen,
- 1376 • Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti,
- 1377 • Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in den Kommunen an und fordern,
1378 sie auf entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben.

1379 **Kulturschaffende absichern**

1380 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine
1381 Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären Bedingungen.
1382 Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten Palette von
1383 Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

1384 Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld die
1385 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem internationalen
1386 Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen weit
1387 unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen Entwicklung
1388 beitragen könnten.

1389 **Die Linke setzt sich ein für:**

- 1390 • die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben,
- 1391 • die Festanstellung von Künstler:innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen, zumal
1392 die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt,
- 1393 • die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor. Auch in diesem Arbeitsfeld
1394 fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer.

1395

1396 **Kulturelle Teilhabe ist mehr!**

1397 Teilhabe an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für
1398 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur
1399 beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und
1400 entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist
1401 individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede
1402 existieren weiterhin.

1403 Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt, begleitet uns in der
1404 Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen mit vielfältigen
1405 Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle
1406 Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen
1407 Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1408 **Linke Kommunalpolitik fordert:**

- 1409 • freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes,
- 1410 • freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für
1411 Leistungsbezieher:innen (SGB II, SGB XII, Schüler:innen, Student:innen und Rentner:innen),
- 1412 • Ausbau der öffentlichen und freien musischen Förderung von Kindern von
1413 Leistungsbezieher:innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

1414 **Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unsers Lebens!**

1415 Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik in den Gemeinden, den Städten und im Land,
1416 neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt und ihre Teilhabe
1417 zum Wohle aller Menschen im Fokus behalten.

1418 **Thema: Ländlicher Raum**

1419 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

1420 In den Kleinstädten und Dörfern in Nordrhein-Westfalen fehlt eine gute Anbindung an das öffentliche
1421 Verkehrsnetz, die Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und
1422 Sportstätten. Dezentrale Ortsteile und Dörfer werden so zu reinen Wohn- und Schlafstätten, die man
1423 fast nur verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärztin oder dem Arzt, zum Einkaufen, Kino, Theater
1424 oder zum Sport zu fahren.

1425 Die Linke setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein. Die
1426 öffentliche Hand muss in die Infrastruktur der Kommunen massiv und nachhaltig investieren. NRW
1427 braucht einen Masterplan für einen lebenswerten ländlichen Raum, welcher sich lokal angepasst an
1428 den Bedürfnissen der Menschen orientiert und für ausreichende Versorgung und eine gesunde Natur
1429 sorgt.

1430 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Menschen
1431 werden ins Umland vertrieben, weil sie in den Kleinstädten keine bezahlbaren Wohnungen finden.

1432 Entsprechend ist das Recht auf Mobilität hier von besonderer Bedeutung. Auf dem Land fehlt eine
1433 gute Anbindung an den ÖPNV. Alle Dörfer und Ortsteile müssen gut getaktete Buslinien bekommen.
1434 Mit mehr Linienbussen, Bedarfs- und Bürger:innenbussen sowie On-Demand-Angeboten, ergänzt
1435 durch Sammeltaxi-Angebote in der Nacht, soll auf ein vollumfängliches Mobilitätsangebot
1436 hingearbeitet werden. Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir reaktivieren und das Regionalzugsystem
1437 erweitern, um das Leben auf dem Land mit dem Arbeiten in der Stadt besser vereinbaren zu können.
1438 Wir fordern den Ausbau sicherer Radwege und Abstellplätze. Der Ausbau der Radwege scheitert oft
1439 am Landerwerb, hier sind Enteignungen zu prüfen. Mobilitätshubs sollen Bahnhöfe, Haltestellen,
1440 Carsharing und Fahrradvermietung vernetzen.

1441 Im ländlichen Raum in NRW ist die verarbeitende Industrie stark. Damit das so bleibt, treten wir für
1442 einen ökologisch-sozialen Umbau, öffentliche Beteiligung und mehr Mitbestimmung ein. Wir setzen
1443 uns ein für die Sicherung lokaler Arbeitsplätze, die Unterstützung nachhaltiger Industrien, des
1444 Handwerks, ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

1445 Monokultur, Gülle und Pestizide gefährden Mensch und Natur. Agrarkonzerne zerstören bäuerliche
1446 Strukturen. Es sollen kreiseigene Stellen zur Kontrolle der anfallenden Gülle geschaffen werden,
1447 damit eine Grundwasserverseuchung mit Nitrat verhindert wird. Zur Pflege und ökologisch
1448 nachhaltigen Aufforstung der strapazierten Wälder, die in der Fläche erhalten werden müssen,
1449 benötigen wir doppelt so viel Personal in den Forstämtern.

1450 Für alle Menschen müssen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf fußläufig in der Nähe zur
1451 Verfügung stehen. Der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden. Solidarische Dorfläden müssen
1452 gefördert werden.

1453 Ein flächendeckendes schnelles Mobilfunknetz und Internetanschluss müssen für alle Haushalte und
1454 Unternehmen bereitstehen. Der Ausbau muss vorangetrieben werden.

1455 Die gesundheitliche Versorgung in der Fläche ist mangelhaft und wird durch die aktuelle
1456 Krankenhausreform noch mehr gefährdet. Die Versorgung mit Hausärzt:innen wird immer dünner
1457 und die Wege zu Fachärzt:innen und ins Krankenhaus immer weiter. Die Menschen brauchen
1458 allerorten gute Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und Krankenhäusern.
1459 Dies muss durch die öffentliche Hand sichergestellt werden. Im Notfall ist der Rettungsdienst in NRW

- 1460 oft zu spät – besonders auf dem Land. Notärzt:innen, Feuerwehr und Polizei müssen schneller vor Ort
1461 sein.
- 1462 Wir wollen öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort erhalten oder schaffen.
1463 Es gibt kaum Gesamtschulen auf dem Land und viele Kinder bekommen keinen Platz. Die Linke
1464 fordert den Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz.
- 1465 Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und gefördert
1466 werden. Die Linke tritt für die öffentliche Unterstützung von lokalen Kulturzentren, Jugendzentren,
1467 kleinen Kinos und Theater sowie Räumen für Veranstaltungen und Konzerte ein.
- 1468 Kommunikationszentren in allen Ortsteilen und Dörfern sind sicherzustellen.
- 1469 **Wir wollen:**
- 1470 • eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
1471 Krankenhäusern,
- 1472 • von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen,
1473 • schnellere Zufahrt von Feuerwehr und Rettungsdiensten zum Einsatzort,
1474 • einen massiven Ausbau des ÖPNV auf dem Land,
1475 • ausreichend bezahlbaren Wohnraum,
1476 • Grundschulen und ausreichend Gesamtschulplätze vor Ort.
- 1477

1478 **Thema Migration**

1479 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

1480 Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und
1481 schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen
1482 für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

1483 Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und
1484 Diskriminierung entgegentritt.

1485 Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent verteidigt.
1486 Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

1487 Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch inklusive
1488 Bildung und gute Arbeitsplätze. In unseren Kommunen gibt es nicht zu viele Eingewanderte, sondern
1489 zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen und Kitas, zu wenig Ärzt:innen
1490 und Pfleger:innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als Chance statt als Problem. Die
1491 Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der schon lange hier lebenden Menschen.

1492 Wir wollen Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen
1493 Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbeziehen.

1494 **Wir fordern für eine gelungene Integration:**

- 1495 • Kommunen müssen dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten. Kommunen müssen
1496 Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Kommunal angebundene
1497 Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden. Geflüchteten und Eingewanderten aus
1498 anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und
1499 Integrationskurse zu absolvieren.
- 1500 • Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Ausländische Bildungs- und
1501 Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

1502 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

1503 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
1504 langjährig hier lebende Migrant:innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf es
1505 deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Statt Sonderregelungen und Erlassen gegen
1506 Migrant:innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das
1507 Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch
1508 einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen.

1509 **Wir wollen:**

- 1510 • Erleichterung der kommunalen Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und
1511 Mehrfachstaatsangehörigkeiten,
- 1512 • sozialräumliche Integrationsarbeit als zentralen Bestandteil der Stadtentwicklung,
- 1513 • Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und
1514 zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater:innen,
- 1515 • Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen,
- 1516 • Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen,
- 1517 • Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen,
- 1518 • Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen,
- 1519 • kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge,

- 1520 • Einbeziehung von Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die
1521 Politik der Kommunen.

1522 **Für menschenwürdige Unterbringung**

1523 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in
1524 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
1525 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
1526 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht
1527 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit
1528 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Das erzwungene Zusammenleben mit vielen
1529 fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die Betroffenen eine hohe
1530 Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche Teilhabe und Integration
1531 und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Daher
1532 tritt Die Linke für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo kommunale
1533 Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.

1534 **Wir wollen:**

- 1535 • verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
1536 Missständen entgegenzuwirken sowie Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
1537 Standards gemeldet werden können,
1538 • Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
1539 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken,
1540 • menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf Unverletzlichkeit
1541 der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern,
1542 • Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei
1543 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten,
1544 • Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner:innen der
1545 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben,
1546 • Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte,
1547 • Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung
1548 von Neuzugewanderten abzielen.

1549 **Integration durch Bildung**

1550 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
1551 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
1552 Entscheidungsprozessen.

1553 **Wir wollen:**

- 1554 • ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als
1555 Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu können,
1556 • eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw.
1557 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung von
1558 zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von
1559 Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete
1560 Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden,
1561 • die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
1562 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die

- 1563 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung
1564 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,
1565 • vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule
1566 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,
1567 • Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,
1568 • allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur
1569 Verfügung stellen,
1570 • Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen,
1571 • Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,
1572 • die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

1573 **Bleiberecht**

1574 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
1575 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges
1576 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner:innen vorhalten. Insbesondere
1577 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar
1578 und sind unbedingt zu unterlassen.

1579 **Integration durch Arbeitsplätze**

1580 Eine schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies
1581 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
1582 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
1583 kämpfen.

1584 **Wir wollen:**

- 1585 • anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 1586 • Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
1587 durchführen,
- 1588 • Asylsuchenden und EU-Zugewanderten sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu
1589 lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch müssen auch
1590 Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 1591 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die
1592 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft
1593 werden,
- 1594 • Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer
1595 der Berufsausbildung gewähren,
- 1596 • interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
- 1597 • die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

1598 **Für eine humane Flüchtlingspolitik**

1599 Die Integration von Geflüchteten muss am Tag ihrer Ankunft beginnen.

1600 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Statt uns gegeneinander
1601 ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN bessergeht.

1602 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
1603 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten
1604 Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

1605 Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der
1606 Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert. Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine
1607 Wohnung zu suchen.

1608 Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als
1609 Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen
1610 von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge
1611 schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

1612 **Wir wollen:**

- 1613 • eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass,
- 1614 • geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 1615 • jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 1616 • verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 1617 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 1618 • perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 1619 • Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 1620 • die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
- 1621 finanzieren,
- 1622 • Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
- 1623 Ausländerbehörden verbindlich sein,
- 1624 • die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal sowohl
- 1625 in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
- 1626 • eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen,
- 1627 • den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern,
- 1628 • Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
- 1629 • vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
- 1630 • keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen,
- 1631 • Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
- 1632 • Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende.

1633 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

1634 Die Linke steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
1635 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit der
1636 Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche Städte
1637 und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit gegen die
1638 menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. Die Linke unterstützt
1639 diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und
1640 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete
1641 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich Die Linke dafür ein, dass den
1642 Worten auch Taten folgen und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

1643 **Wir wollen:**

- 1644 • kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
- 1645 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
- 1646 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten,

- 1647
- 1648
- 1649
- 1650
- Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik einsetzen.

1651 **Thema: Mobilität**

1652 **Mobilität für alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich**

1653 Der Verkehrssektor macht rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland aus. Er hat
1654 bislang nichts zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beigetragen. Statt weniger gibt es immer mehr
1655 Autos auf den Straßen. Die Kapitaleigner:innen der Autoindustrie sind eine mächtige Lobby und
1656 möchten die Verkehrswende zu einer reinen Antriebswende ummodellieren, daran richtet sich die
1657 Verkehrspolitik bisher aus.

1658 Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische
1659 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Die Linke will Mobilität für
1660 alle – vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.

1661 Wir müssen den öffentlichen Raum vom Auto zurück erobern: für den Fußverkehr und mehr
1662 Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen, für den Radverkehr, für Bus und Straßenbahn. Wir
1663 setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und klimafreundliche Verkehrsmittel.

1664 Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ausgehend von den schwächsten
1665 Verkehrsteilnehmenden: von Fußgänger:innen, Kindern, Menschen mit Behinderung, aufsteigend zu
1666 Radfahrenden, zu ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr (MIV).

1667 Bestehende Strukturen neu denken: Deutschlandweit ist die Strukturierung des ÖPNV und die damit
1668 verbundene Tarifstruktur uneinheitlich und undurchschaubar. NRW geht hier mit gutem Beispiel
1669 voran: Landesweit gibt es nur 4 Verkehrsverbände. Dennoch bleibt viel zu tun – allein im VRR sind
1670 über 20 Verkehrsverbände angesiedelt, mit jeweils eigenen Strukturen, Vorständen und
1671 Herausforderungen. Starke Synergieeffekte bleiben hier liegen. Ein übergreifender, gemeinsamer Pool
1672 aus Personal und Fahrzeugen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung; mit Kooperationen und
1673 Zusammenschlüssen können kurzfristige Engpässe gefüllt und gemeindeübergreifende Linien
1674 eingerichtet und betrieben werden.

1675 **Daher fordern wir:**

- 1676
- einen Verkehrsverbund für ganz NRW
 - die (schrittweise) Konsolidierung der Verkehrsbetreiber. Bis dahin mindestens eine intensivere Kooperation.
- 1677
- 1678

1679 **Attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der Fläche**

1680 Wir wollen, dass alle Menschen mobil sein können. Wir wollen attraktive, bequeme und bezahlbare
1681 Angebote, die die Mobilität von Menschen und Gütern erhalten und bestehende
1682 Mobilitätsungerechtigkeiten abbauen. Grundsätzlich soll niemand mehr auf ein eigenes Auto
1683 angewiesen sein. Zentral sind ein attraktiver, für alle bezahlbarer öffentlicher Verkehr auch in der
1684 Fläche sowie ergänzende Mobilitätsangebote.

1685 Wir streiten für einen massiven Ausbau des Schienennetzes, im Nahverkehr ebenso wie im Regional-
1686 und Fernverkehr, in der Stadt und auf dem Land.

1687 Für zentral halten wir die Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken. In NRW sind 60 Strecken nach
1688 wie vor als Bahntrassen gewidmet. Bei deren Reaktivierung würden 30 Mittelzentren wieder einen
1689 Bahnanschluss bekommen. Das wäre ein Quantensprung für klimafreundlichen Verkehr.

1690 Ferner setzen wir uns für den massiven Ausbau eines taktverdichteten Busliniennetzes in den Städten
1691 und Dörfern ein. Da ein Großteil der Pendler:innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir
1692 die Dörfer und Ortschaften in der Fläche mit Stadtbahnlinien, mehr Park/Bike&Ride-Plätzen sowie

- 1693 einem verstärkten Angebot an Schnellbussen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr
1694 anbinden.
- 1695 Wo immer es möglich ist, wollen wir Stadtbahnlinsen verlängern und die Städte und Dörfer in der
1696 Fläche nach dem Vorbild des „Karlsruher Modells“ mit erschließen. Um Lücken zu schließen, müssen
1697 auch Abruflösungen oder Bürger:innenbusse besser gefördert werden.
- 1698 Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität und Teilhabe, dies gehört für uns zur Daseinsfürsorge,
1699 die öffentlich organisiert werden muss.
- 1700 Wir wollen den Nahverkehr vollständig in öffentlicher Hand behalten bzw. zurückführen.
1701 Verkehrsbetriebe sollten seitens der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften sowie seitens der
1702 Nutzer:innen demokratisch verwaltet und mitbestimmt werden.
- 1703 **Wir fordern:**
- 1704 • den Auf- und Ausbau des Schienennetzes. Dabei bevorzugen wir den oberirdischen Bau, der
1705 aus finanziellen und ökologischen Gründen Tunnel-Lösungen vorzuziehen ist.
 - 1706 • den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen in den Städten, die vielerorts seit
1707 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen
1708 sind. In 26 Kommunen in Frankreich ist dies in den letzten 15 Jahren mit großem Erfolg
1709 geschehen.
 - 1710 • die Reaktivierung von Schienenbus-Systemen in ländlichen Regionen,
1711 • Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den ÖPNV abgestimmt sind,
1712 • Taktverdichtung statt längerer Züge,
1713 • mehr Fahrpersonal durch gute Arbeit, deutliche Erhöhung der Entgelte und Verbesserung der
1714 Arbeitsbedingungen,
 - 1715 • die Ergänzung der Radwege aus alten Eisenbahnstrecken durch Straßenbahnkörper, wo immer
1716 das möglich und sinnvoll ist.
- 1717 Personalmangel führt zu vielen Beeinträchtigungen im Bahnverkehr wie im ÖPNV. Die Linke steht
1718 ohne Wenn und Aber solidarisch an der Seite der Beschäftigten im Nahverkehr. Wir unterstützen
1719 vorbehaltlos ihre Gewerkschaften, ihre Arbeitskämpfe und fordern zugleich angemessen bezahlte
1720 Tariflöhne für alle Beschäftigten im Verkehrsbereich. Wir begrüßen, befördern und unterstützen die
1721 Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Klimaschutzbewegung.
- 1722 Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. In
1723 Oberleitungs- und Batteriebusen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus, die sich an den
1724 Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne Oberleitung im
1725 Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft.
- 1726 Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten, insbesondere nachts, plädieren wir für
1727 die Einführung von On-Demand-Angeboten als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im Zuge
1728 der zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit öffentlichen
1729 Verkehrsmitteln bedient werden.
- 1730 Mobilität muss erschwinglich für alle sein. Das Deutschlandticket war ein wichtiger Schritt hin zur
1731 Verbilligung und zur Abschaffung des Tarifschungels. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter, kostenloser
1732 ÖPNV. Als Übergangsschritte dahin fordern wir:
- 1733 • ein 9-Euro-Sozialticket als Deutschlandticket, zumindest aber in den Kommunen,
 - 1734 • freie Fahrt für Schüler:innen, Auszubildende und Studierende,

- 1735 • statt Erhöhung schrittweises Absenken des Preises für das Deutschlandticket und im Gebiet der
1736 Verkehrsverbünde gleiche Mitnahme-Möglichkeiten wie für Abo-Kunden,
1737 • Insbesondere unsere Schieneninfrastruktur kann außerdem von technischen und digitalen
1738 Lösungen profitieren. Wir haben in NRW immer noch störungsanfällige Stellwerke aus der
1739 Kaiserzeit. Digitale Stellwerke können helfen, die Kapazität auf der Schiene zu erhöhen.

1740 **Fußgänger:innen**

1741 Fußgänger:innen sind die Verkehrsteilnehmer:innen, welche am häufigsten bei der Verkehrsplanung
1742 vergessen werden – und zugleich die schwächsten. Dabei ist Fußverkehr die elementare, gesündeste,
1743 preiswerteste und klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Sie ermöglicht Begegnungen, Gespräche
1744 und Verweilen im öffentlichen Raum – eine wesentliche Qualität öffentlichen Lebens.

1745 Fußverkehr ist in hohem Maße divers: Alle Altersgruppen einschließlich mobilitätseingeschränkter
1746 und blinder Menschen mit unterschiedlichem Mobilitätsverhalten bestimmen gutes Leben im
1747 öffentlichen Raum.

1748 **Daher fordern wir:**

- 1749 • lebenswerte Gestaltung von Plätzen und Straßen durch Bäume, Brunnen, beschattete Bänke
1750 und Spielmöglichkeiten, die zum Flanieren, Spielen oder einfach zum Aufenthalt einladen, nach
1751 dem Vorbild der Superblocks in Barcelona,
- 1752 • Stadtgestaltung fußgängerfreundlich auszugestalten, das bedeutet Wege kurz, sicher und
1753 barrierefrei zu planen,
- 1754 • Innenstädte konsequent autofrei zu gestalten, Neubaugebiete autoarm zu planen,
- 1755 • Bündelung des Kfz-Verkehrs auf einigen wenigen Straßen,
- 1756 • Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Kommune,
- 1757 • Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Metern an allen Straßen,
- 1758 • eigene Stellen für Fußverkehrsbeauftragte in den Kommunen mit den Aufgaben:
 - 1759 ○ Durchführung von Fußverkehrschecks in Vierteln,
 - 1760 ○ Prüfung der Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Freiraumplanungen hinsichtlich der
1761 Belange des Fußverkehrs,
 - 1762 ○ Prüfung der Barrierefreiheit für alle Fußgänger:innen, insbesondere auch für
1763 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen, Kinderwagen,
 - 1764 ○ Konzeption und Entwicklung einer gesamtstädtischen Fußverkehrsstrategie, von
1765 kommunalen Fußverkehrsnetzen; Evaluation, Umsetzungskontrolle und
1766 Weiterentwicklung.

1767 **Radverkehr**

1768 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – ist im Rahmen einer sozial-
1769 ökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
1770 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
1771 öffentlichen Personennahverkehr. Radfahren ist gesund, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei
1772 geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

1773 Eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver und sicherer, bringt mehr Menschen aus
1774 dem Auto aufs Rad. Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit, nach dem
1775 Vorbild des „Kopenhagener Modells“, so viele Wege wie möglich problemlos per Rad erledigt werden
1776 können. Durch hochentwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer Antriebe sind heute
1777 wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich.

1778 **Daher fordern wir:**

- 1779 • die Sanierung vorhandener Radwege, damit sie gut befahrbar, eindeutig gekennzeichnet und
1780 von allen Verkehrsteilnehmer:innen bei allen Sichtverhältnissen klar erkennbar sind. Radwege
1781 müssen sauber, verkehrssicher, gut beleuchtet sowie im Winter von Schnee geräumt sein und
1782 dürfen nicht fremdgenutzt werden. An größeren Straßen ist eine bauliche Abgrenzung vom
1783 restlichen Straßenverkehr erforderlich.
- 1784 • den Ausbau von Radwegenetzen, Fahrradstraßen und Radschnellwegen, die miteinander über
1785 Knotenpunkte verbunden werden. Der Straßenraum dafür soll nicht von Bürgersteigen,
1786 sondern von Autospuren genommen werden.
- 1787 • eigene Ampeln und eigene Ampelphasen nach dem Beispiel der „Oberhausener Radwelle“.
1788 Sogenannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem Rad an Haltepunkten wie roten
1789 Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den Verkehrsfluss.
- 1790 • öffentliche Verleihsysteme von Rädern, die durch die kommunalen Verkehrsbetriebe
1791 angeboten werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihradangeboten
1792 ermöglichen,
- 1793 • mehr Fahrradparkhäuser und Radstationen an den Bahnhaltstellen, mehr Mobilitätsstationen,
1794 auch am Stadtrand, an denen eigene Räder sowie Leihräder kostenfrei und sicher abgestellt
1795 werden können.

1796 **Autoverkehr**

1797 Die sozial-ökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1798 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten der Klimakrise gerät diese Form der Fortbewegung
1799 an ihre Grenzen, auch mit E-Autos. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von vorgestern.

1800 Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere Geschwindigkeiten
1801 müssen ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein- und Ausfallstraßen einer
1802 Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert die
1803 Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen, Lärm- und Abgasemissionen drastisch und ist ein
1804 vernünftiger Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen.

1805 Viele Straßen und Brücken sind sanierungsbedürftig. Darauf sollten die Finanzmittel in diesem Sektor
1806 konzentriert werden. Den Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr lehnen wir ab. Zudem
1807 sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur Folge haben
1808 können, mit Blick auf die sozial-ökologische Verkehrswende hinterfragt werden.

1809 Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche
1810 Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahrräder ersetzt werden, wo dies möglich ist.
1811 Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Carsharing-Angebot eingebracht werden, um auch in
1812 kleineren Städten und Gemeinden ohne große Anschaffungskosten Carsharing-Angebote aufzubauen.

1813 Wir setzen uns für eine Reduzierung der in der Stellplatzsatzung vorgeschriebenen Stellplätze
1814 insbesondere bei sozialem Wohnungsbau und in mit dem ÖPNV gut erreichbarer Lage ein. Gerade
1815 Menschen mit wenig Einkommen verfügen oft über kein eigenes Auto. Hohe Stellplatzanforderungen
1816 bei Neubauprojekten verteuern diese deutlich und stellen so ein Hindernis für ausreichend
1817 bezahlbaren Wohnraum dar.

1818 **Güter- und Lieferverkehr**

1819 Güter sollen vorrangig auf der Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dafür
1820 müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden, finanziert durch

- 1821 nach Größe gestaffelten Abgaben der ansässigen Betriebe. Neue, aufkommensstarke Gewerbegebiete
1822 dürfen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden.
- 1823 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch
1824 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen Märkten
1825 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer
1826 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos
1827 gefunden werden.
- 1828 Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine Auslieferung zum
1829 Kunden per Lastenrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren Verkehrsmitteln.
- 1830 Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayerischem Vorbild“ alle wieder einen zentrumsnahen
1831 lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen die innerstädtischen
1832 Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische wie stauvermeidende
1833 Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum weiterhin zu gewährleisten.
- 1834 **Finanzierungsvorschläge**
- 1835 Auf Bundesebene wollen wir die Finanzmittel umwidmen, weg vom Auto hin zum öffentlichen
1836 Verkehr. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist überwiegend auf autozentrierte Projekte
1837 ausgerichtet. Er hat ein Gesamtvolumen von 270 Milliarden Euro, davon 132 Milliarden für das Auto.
1838 Selbst wenn man davon Sanierung und Unterhalt von Straßen abzieht, gibt es noch viele
1839 Steuermilliarden, die zugunsten des öffentlichen Verkehrs umgeschichtet werden können und
1840 müssen, zum Beispiel die 30 Milliarden Euro für 850 neue Autobahnkilometer bis 2030.
- 1841 Auch in den jährlichen Bundeshaushalten finden sich viele direkte und indirekte Autosubventionen,
1842 die der Verkehrswende fehlen. Das Umweltbundesamt kam für das Haushaltsjahr 2018 auf laufende
1843 Steuersubventionen für den Auto- und Flugverkehr von insgesamt 30 Milliarden Euro.
- 1844 Auf Landesebene fordern wir die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und der
1845 unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr.
- 1846 Den Kommunen soll die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von ortsansässigen Betrieben ab einer
1847 bestimmten Größe zum Ausbau des ÖPNV rechtssicher ermöglicht werden.
- 1848

1849 **Thema: Ordnung**

1850 **Kommunalen Ordnungsdienst entwaffnen**

1851 Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) ist in vielen Städten in den letzten Jahren immer weiter
1852 aufgerüstet worden. Mit immer stärkerer Bewaffnung bis hin zum Einsatz von Hunden werden dessen
1853 Mitarbeiter:innen immer bedrohlicher. Dabei gehen sie besonders oft gegen obdachlose Menschen
1854 vor, vertreiben diese beispielsweise von ihren Schlafplätzen und stellen ihnen Bußgeldbescheide aus.
1855 Ihre Uniform ist dabei meist kaum von der der Polizei zu unterscheiden, sodass sich lediglich am
1856 Schriftzug erkennen lässt, um wen es sich handelt. Dies führt zu häufigen
1857 Kompetenzüberschreitungen.

1858 Zusätzlich werden an vielen Orten private Sicherheitsdienste eingesetzt, auch sie gehen übermäßig
1859 gegen arme und wohnungslose Menschen vor.

1860 **Die Linke fordert:**

- 1861
- Entwaffnung des KOD: Der KOD sollte keine Schlagstöcke und kein Pfefferspray mit sich führen.
1862 Erst recht stellen wir uns gegen Bodycams, Taser oder Hundestaffeln.
 - Klare Unterscheidbarkeit von der Polizei. Die Uniformen des KOD müssen auf den ersten Blick
1863 von denen der Polizei unterschieden werden können, z. B. durch die Verwendung einer
1864 anderen Farbe.
 - Kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten. Private Sicherheitsdienste haben im Schutz des
1865 öffentlichen Raums nicht verloren.
1867

1868 **Kriminalisierung von Armut beenden**

1869 Die Ordnungsbehördliche Verfügung ist ein ordnungspolitisches Recht auf kommunaler Ebene. Es
1870 wird in vielen Kommunen genutzt, um Armut zu kriminalisieren. Dies macht sich besonders oft in
1871 zwei Abschnitten bemerkbar: dem Verbot, auf öffentlichen Flächen zu campieren oder zu
1872 übernachten und dem Verbot, auf öffentlichen Bänken zu liegen, das oft Formulierungen trägt wie
1873 „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“. Beides richtet sich explizit gegen
1874 obdachlose Menschen, die keine andere Möglichkeit haben, als auf der Straße zu übernachten. Wir
1875 fordern, dass diese Kriminalisierung endlich beendet wird!

1876 **Die Linke fordert:**

- 1877
- Streichung des Verbots zu campieren und übernachten aus Ordnungsbehördlichen
1878 Verordnungen,
 - Streichung von „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“ und anderen
1879 armutskriminalisierenden Abschnitten aus Ordnungsbehördlichen Verordnungen.
1880

1881 **Gegen Polizeigewalt**

1882 Polizei ist Landessache, doch wirken sich die dort getroffenen Entscheidungen direkt in den
1883 Kommunen aus. In NRW sterben besonders häufig Menschen bei Polizeieinsätzen, allein im Jahr 2024
1884 wurden sieben Menschen von der Polizei getötet. Nur in seltenen Fällen kommt es dabei zu einem
1885 Prozess, meistens bleibt es für die beteiligten Beamt:innen ohne Konsequenzen.

1886 Polizeieinsätze enden dabei besonders häufig tödlich, wenn Menschen sich in psychischen
1887 Ausnahmesituationen befinden. Wir fordern ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal,
1888 das in Fällen von psychischen Ausnahmesituation mit der Polizei zum Einsatz fährt und deeskalierend
1889 tätig ist. Der Einsatz von Tasern in den größeren Städten gefährdet Menschen zusätzlich. Taser sind
1890 eine tödliche Waffe, vor denen das UN-Komitee gegen Folter warnt.

1891 Gerade in benachteiligten Stadtteilen geht die Polizei oft besonders brutal vor, während sie
1892 gleichzeitig Anzeigen der Bewohner:innen weniger ernst nimmt. Wir fordern, dass die Polizei sich für
1893 ihre Arbeit im Stadtteil vor kommunalen Vertreter:innen und der Öffentlichkeit verantworten muss.

1894 Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert
1895 Kriminalität höchstens.

1896 **Die Linke fordert:**

- 1897 • Beendigung von Tasereinsätzen,
- 1898 • Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in
1899 psychischen Ausnahmesituationen,
- 1900 • keine Videoüberwachung.

1901

1902 **Thema: Planung**

1903 **Lebenswerte soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen**

1904 Die Entwicklung von Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. Während die Großstädte der
1905 Rheinschiene, Münster und Bielefeld, stark wachsen, verlieren ländliche Räume in der Peripherie
1906 massiv an Einwohner:innen. Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter
1907 Wohnraum wird zunehmend knapper und der Bestand an Sozialwohnungen ist aufgrund einer viele
1908 Jahre völlig verfehlten Förderpolitik des Landes drastisch gesunken. Im Raum Höxter und am
1909 Niederrhein hingegen stehen Häuser leer.

1910 Auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der
1911 Montanindustrie und der Rationalisierung der Stahlindustrie geprägten Großstädte im Ruhrgebiet
1912 und im ebenfalls altindustriell geprägten Bergischen Land schrumpften fast 50 Jahre lang. Erst in den
1913 letzten Jahren gibt es wieder Wachstum, vor allem durch Zuwanderung, Geflüchtete und den Ausbau
1914 der Universitäten. Auch hier wird Wohnraum immer knapper, die Mieten steigen deutlich.

1915 Linke Kommunalpolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und differenzierte Antworten und
1916 Lösungsansätze bieten. Die Linke tritt für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für lebenswerte und
1917 lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Wohnungsbau,
1918 Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen
1919 auf die Bedürfnisse aller Einwohner:innen ausgerichtet sein und dürfen nicht den Profitinteressen von
1920 Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

1921 Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
1922 Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der
1923 Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet werden.

1924 **Soziale Verwerfungen und Klimakatastrophe erfordern neue, nachhaltige Antworten der**
1925 **Stadtplanung**

1926 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung
1927 vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren
1928 zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt. In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in
1929 denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der Bezug von Bürgergeld in anderen
1930 Stadtteilen kaum eine Rolle spielt. Die Klimakatastrophe wird die Großstädte in ihren
1931 hochversiegelten Kernbereichen teilweise unbewohnbar machen.

1932 Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten stark
1933 verändert. 2023 hatten 3,23 Millionen Einwohner:innen in NRW einen ausländischen Pass, das ist ein
1934 Anteil von fast 18 Prozent. Insgesamt hat gut ein Drittel der Bevölkerung in NRW einen
1935 Migrationshintergrund. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Auch hieraus ergeben sich
1936 Aufgaben für die kommunale Planung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit
1937 internationaler Familiengeschichte müssen stärker berücksichtigt werden. Barrierefreies Wohnen und
1938 eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen werden immer wichtiger.

1939 Die Linke setzt sich für soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit sozialen
1940 Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft, soziale
1941 Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die Verbesserung
1942 des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von Bewohner:innen führen.

1943 Als Antwort auf die Erhitzung der Städte müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden.
1944 Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen müssen

- 1945 gestoppt werden. Bei der städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die Linke
- 1946 Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen
- 1947 Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen. Die nicht nur im Ruhrgebiet vorhandenen
- 1948 großen altindustriellen, zum Teil seit Jahrzehnten brachliegenden Flächen bieten hier auch Chancen:
- 1949 Ein großer Teil des Flächenbedarfs kann hieraus gedeckt werden, sofern Altlasten entfernt werden.
- 1950 Sie muss vom Land stärker gefördert werden, ebenso ein Grundstücksfonds, der die Kommunen beim
- 1951 Erwerb und der Transformation brachliegender Flächen unterstützt.
- 1952 Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr eine
- 1953 quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der „grünen
- 1954 Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung des Wohnens
- 1955 und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
- 1956 Bürogebäude mehr Rendite versprechen. Mehr Sonntagsöffnungen helfen hier nicht. Des Weiteren
- 1957 sind stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Städte gegen Spekulation erforderlich.
- 1958 Eine nachhaltige Politik für die soziale und ökologische Transformation kann dabei durchaus an
- 1959 breiter akzeptierten Vorgaben anknüpfen. Dazu gehören die „Leipziger Erklärung“, vor allem aber die
- 1960 Nachhaltigkeitsziele der UNO. Diese Ziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), sind eine gute
- 1961 Grundlage zur Steuerung von Transformationsprozessen und umfassen soziale, integrative,
- 1962 ökonomische, ökologische und demokratische Ziele. Die Linke ist dafür, dass diese Ziele viel stärker in
- 1963 der Kommunalpolitik umgesetzt werden.
- 1964 Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner:innen gerade auch in Fragen der
- 1965 Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele
- 1966 Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des
- 1967 Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von Vorhaben.
- 1968 Bürger:innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse können unter dem
- 1969 Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Verfahren selbst
- 1970 müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen und weniger auf die Durchsetzung der
- 1971 Interessen von Investoren ausgerichtet werden.
- 1972 **Die Linke fordert:**
- 1973 • Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und
- 1974 Bebauungsplanverfahren,
- 1975 • Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und
- 1976 Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich,
- 1977 • Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten, besonders in Wachstumsregionen,
- 1978 • stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung,
- 1979 • vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten,
- 1980 • Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“,
- 1981 • Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen,
- 1982 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert:innen, die bei allen größeren
- 1983 Projekten und nach Bedarf beraten,
- 1984 • Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten für ältere Menschen,
- 1985 • keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“,
- 1986 • Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte,
- 1987 • Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf,
- 1988 • kommunaler, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die
- 1989 Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung,

- 1990 • Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen,
- 1991 • Förderung des Denkmalschutzes,
- 1992 • Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum,
- 1993 • Bekämpfung von Leerstand,
- 1994 • Prüfung leerstehender Gewerbeimmobilien auf die Möglichkeit zur Umwidmung in Wohnraum.

1995 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

1996 Die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich führen zu einer stärkeren
 1997 Bedeutung der regionalen Entwicklung. Kommunale Aufgaben lassen sich oft innerhalb einer
 1998 einzelnen Stadt oder eines Landkreises nicht mehr bewältigen. Für die Daseinsvorsorge, etwa in der
 1999 Strom-, Gas- und Wasserbereitstellung oder Abfallentsorgung, ist oft regionale Kooperation
 2000 erforderlich.

2001 Die Linke sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung
 2002 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und für die Schaffung gleichwertiger
 2003 Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler Zusammenarbeit müssen
 2004 vom Land gestärkt werden.

2005 Die aktuellen Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur
 2006 unzureichend wider. Wichtige Änderungen gab es nur durch die Stärkung des Regionalverbandes
 2007 Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen. Für beides hat sie sich stark gemacht, nicht
 2008 zuletzt auch für die Direktwahl des „Ruhrparlaments“.

2009 Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und für die Stärkung der
 2010 Zusammenarbeit von Kommunen. Die politischen Strukturen und der Zuschnitt der Mittelinstanzen
 2011 müssen überprüft und der Entwicklung einer zunehmend vernetzten Region angepasst werden.

2012 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

2013 In den ländlichen Regionen wird das Leben auch in NRW zunehmend schwieriger. Die Infrastruktur ist
 2014 oft mangelhaft, Kleinstädte verkommen zu schlichten Wohn- und Schlafstätten ohne ausreichende
 2015 Infrastruktur. Viele Dörfer leiden unter fehlendem Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz, wenigen
 2016 Einkaufsmöglichkeiten und schlechtem Zugang zu Gesundheitsversorgung und kulturellen Angeboten.

2017 Die Linke setzt sich für eine gleichwertige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte und
 2018 nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein. Eine ausreichende Versorgung vor Ort muss
 2019 gewährleistet werden, auch mit medizinischem Fachpersonal, Freizeiteinrichtungen und Internet.
 2020 Eine solche Infrastruktur muss von den Kommunen gesichert werden. Dabei können auch von den
 2021 Einwohner:innen getragene Konzepte oder Genossenschaften helfen. Das beinhaltet den schnellen
 2022 Ausbau des Internet-Breitbandes, die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch die öffentliche
 2023 Hand und die Förderung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und gastronomischen Angeboten im ländlichen
 2024 Raum.

2025

2026 **Thema: Queer**

2027 Die Linke NRW setzt sich konsequent für die Rechte und die Sichtbarkeit queerer Menschen in allen
2028 Lebensbereichen ein. Queerpolitik ist ein zentraler Bestandteil unserer Vision einer sozialen und
2029 gerechten Gesellschaft. Kommunen sind entscheidend, um vor Ort für Gleichberechtigung, Schutz vor
2030 Diskriminierung und Zugang zu Ressourcen zu sorgen. Unser Ziel ist eine Kommune, in der alle
2031 Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ein sicheres und
2032 respektiertes Leben führen können.

2033 Unsere Queerpolitik begrenzt sich dabei nicht auf bloße Fragen von Repräsentation. Wir wollen die
2034 soziale Lage queerer Menschen verbessern.

2035 Trotz Fortschritten in der rechtlichen Gleichstellung, beispielsweise durch das
2036 Selbstbestimmungsgesetz, sind queere Menschen wieder verstärkt Diskriminierung und Gewalt
2037 ausgesetzt. Befeuert durch die rechtsextreme AfD greifen auch Parteien wie CDU und FDP immer
2038 häufiger zu queerfeindlicher Rhetorik.

2039 **Wir setzen uns kommunal ein für:**

- 2040 • kommunale queere Aktionspläne mit verbindlichen Maßnahmen sowie finanzieller und
2041 personeller Ausstattung. Diese sollen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen,
2042 Beratungsstellen und der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Ziel ist es, Maßnahmen zur
2043 Förderung der Gleichberechtigung, zum Schutz vor Diskriminierung und zur Schaffung von
2044 inklusiven Strukturen systematisch in den Kommunen zu verankern.
- 2045 • Einrichtung und finanzielle sowie personelle Absicherung kommunaler Beratungs- und
2046 Antidiskriminierungsstellen,
- 2047 • Aufbau und Sicherung queerer Mindeststrukturen gerade im ländlichen Raum. Queere
2048 Beratungsstellen, Aidshilfen und Jugendangebote müssen gerade dort mit dem ÖPNV
2049 erreichbar sein.
- 2050 • Förderung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung. Aufklärung und Sensibilisierung sind
2051 Grundpfeiler für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir fordern Programme zur Schulung
2052 von Lehrkräften, Behörden und öffentlichen Einrichtungen, um diskriminierendes Verhalten
2053 und Vorurteile abzubauen. Queer freundliche Schulprojekte und Veranstaltungen in
2054 kommunalen Bildungseinrichtungen sollen finanziell und organisatorisch unterstützt werden.
- 2055 • eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und
2056 Berufsschulen.

2057

2058 **Thema: Senior:innen**

2059 **Für lebenswerte Kommunen auch im Alter**

2060 Der demographische Wandel erfordert einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler
2061 Senior:innenpolitik, dem Alter und seinen Potentialen. Kommunale Senior:innenpolitik braucht einen
2062 höheren Stellenwert im politischen Alltag.

2063 Kommunale Senior:innenpolitik ist dabei mehr als Daseinsvorsorge und Bezuschussung von
2064 Alteneinrichtungen. Es geht darum, den Senior:innen umfassende gesellschaftliche und kulturelle
2065 Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre Potentiale und Lebenserfahrungen
2066 gesellschaftlich einzubringen.

2067 Insbesondere geht es auch darum, der weitverbreiteten Einsamkeit entgegenzutreten.

2068 Senior:innenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. In allen Politikbereichen geht es dabei darum,
2069 folgende Punkte zu beachten:

- 2070 1. **Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung:** Schaffung von Plattformen, in denen
2071 Senior:innen aktiv in die Planung und Entscheidungsprozesse kommunaler Projekte
2072 einbezogen werden. Dazu gehören regelmäßige Bürgerforen und Workshops.
- 2073 2. **Stärkung der Netzwerke:** Einrichtung von Netzwerkbüros in jeder Kommune, welche die
2074 Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und ehrenamtlichen
2075 Helfer:innen fördern. Diese Büros sollten als zentrale Anlaufstellen für Senior:innen dienen.
- 2076 3. **Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten:** Entwicklung von Programmen, die älteren
2077 Menschen den Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten erleichtern, z. B. durch
2078 kostenfreie oder vergünstigte Eintrittspreise und spezielle Veranstaltungen.
- 2079 4. **Barrierefreie Infrastruktur:** Verbesserung der baulichen Infrastruktur, um öffentliche Plätze,
2080 Verkehrsmittel und Gebäude barrierefrei zu gestalten, damit Senior:innen uneingeschränkten
2081 Zugang zu allen Lebensbereichen haben.
- 2082 5. **Gemeinschaftliche Wohnprojekte:** Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten und
2083 genossenschaftlichem Wohnen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet sind
2084 und sozialen Zusammenhalt stärken.
- 2085 6. **Stärkung der häuslichen Pflege:** Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende
2086 Angehörige sowie finanzielle Hilfen für die häusliche Pflege, um die Lebensqualität von
2087 Senior:innen zu verbessern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.
- 2088 7. **Bildungsangebote des lebenslangen Lernens:** Einrichtung von Bildungs- und
2089 Fortbildungsprogrammen, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen
2090 zugeschnitten sind, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
- 2091 8. **Ehrenamtsförderung:** Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Schulungen,
2092 finanzielle Anreize und Anerkennungsprogramme, um Senior:innen die Möglichkeit zu geben,
2093 sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.
- 2094 9. **Intergenerationaler Austausch:** Initiativen zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit
2095 zwischen Jung und Alt, z. B. durch gemeinsame Projekte, Veranstaltungen oder
2096 Mentor:innenprogramme.

- 2097 **10. Soziale Beratung und Unterstützung:** Ausbau von Beratungsstellen, die Senior:innen in Fragen
2098 der sozialen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und finanziellen Unterstützung umfassend
2099 beraten und begleiten.
- 2100 Diese Maßnahmen sollten auf eine inklusive, gerechte und solidarische Gesellschaft abzielen, die die
2101 Potentiale älterer Menschen anerkennt und fördert.
- 2102

2103 **Thema: Soziales**

2104 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

2105 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen
2106 Stadt und Land. Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in
2107 strukturschwachen Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind,
2108 bilden sich andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandsinseln
2109 (Gentrifizierung). Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer
2110 Industriearbeitsplätze, enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner:innen.

2111 In den wachsenden Städten und ihrem Umland ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele
2112 Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat
2113 bewirtschaftet oder befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu
2114 Konsummeilen und Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die
2115 nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

2116 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
2117 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
2118 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
2119 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

2120 Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
2121 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
2122 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der
2123 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner:innen werden nur
2124 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich
2125 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weitergewachsen.

2126 **Die Linke fordert und unterstützt:**

- 2127
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner:innen in allen politischen Fragen,
 - 2128 • die Selbstorganisation beispielsweise durch Mieterinitiativen der Einwohner:innen,
 - 2129 • die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand; dies
2130 gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior:innen,
2131 Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m.,
 - 2132 • den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen,
 - 2133 • die Gewährleistung der Grundversorgung aller Einwohner:innen in Bezug auf Strom, Heizung,
2134 Gas und Wasser,
 - 2135 • die weitere Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme, um Lücken der sozialen Infrastruktur
2136 zu schließen,
 - 2137 • eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-Entwicklung
2138 und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort verbessert.

2139 **Vor Ort in der Kommune gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken:**

- 2140
- die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen
2141 Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein,
 - 2142 • den Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt
2143 zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler:innen, Auszubildende sowie
2144 Rentner:innen, Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher:innen,

- 2145 • die Schaffung neuer Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale
- 2146 Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas,
- 2147 • die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen,
- 2148 • die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
- 2149 die öffentliche Hand,
- 2150 • den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
- 2151 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, Aidshilfen, ambulante Suchthilfen und
- 2152 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie Beratungsstellen für geflüchtete Menschen,
- 2153 • die Stärkung von Bürgerzentren,
- 2154 • die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
- 2155 Ausstattung,
- 2156 • die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
- 2157 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind.
- 2158

2159 **Thema: Sport**

2160 **Sport als Grundlage für Gesundheit, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt**

2161 Sport ist mehr als nur Bewegung – er fördert Gesundheit, stärkt den Gemeinschaftssinn und ist ein
2162 zentraler Bestandteil kultureller Teilhabe. Von der frühkindlichen Bewegungserziehung über den
2163 Schulsport und das Training während der Berufsjahre bis hin zu Angeboten für Senior:innen schafft
2164 Sport Begegnung und Entwicklungsmöglichkeiten über alle Lebensphasen hinweg.

2165 Fast 30 % der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein und viele treiben darüber
2166 hinaus regelmäßig Sport. Sportvereine sind in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens die
2167 mitgliederstärksten Gemeinschaften und erfüllen wichtige Aufgaben – von der Förderung von
2168 Toleranz und sozialem Miteinander bis zur Gewaltprävention. Dies unterstreicht den hohen
2169 gesellschaftlichen Wert des Sports.

2170 Die Linke setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und
2171 barrierefreie Angebote bietet. Wir wollen Sportangebote für alle Geschlechter und Altersgruppen.
2172 Alle Menschen müssen die Chance erhalten, Schwimmen als wichtige Überlebenstechnik zu erlernen.

2173 Die Linke setzt sich für eine gerechte Sportförderung ein. Denn die Förderung von Sportangeboten ist
2174 wichtig für:

- 2175 • die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Gemeinschaftssinns,
- 2176 • die Förderung von Gesundheit und Prävention,
- 2177 • den Erhalt und Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

2178 **Unsere Forderungen für eine solidarische Sportlandschaft:**

- 2179 1. Stärkung des Ehrenamts: Ehrenamtliches Engagement muss gesellschaftlich anerkannt und
2180 gefördert werden, da es wesentlicher Bestandteil der Sportvereine ist.
- 2181 2. Gemeinsame Erarbeitung von Förderrichtlinien: Mit den Sportvereinen und Sportbünden
2182 sollen kommunale Förderrichtlinien gestaltet werden, um bedarfsorientierte Förderung zu
2183 gewährleisten.
- 2184 3. Kommunale Sport- und Schwimmstätten: Öffentliche Sporteinrichtungen wie Hallen, Plätze und
2185 Schwimmbäder müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf erweitert oder neu gebaut
2186 werden.
- 2187 4. Gemeinnützige Gesundheitszentren: Kommunen sollten Gesundheitszentren fördern und
2188 finanzieren, die allen Menschen zugänglich sind und besonders auch Menschen mit
2189 körperlichen Beeinträchtigungen unterstützen.

2190 **Unsere Ziele für eine gerechte Sportförderung:**

2191 Die Linke fordert eine kommunale Sportpolitik, die:

- 2192 • den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für
2193 Transferleistungsbeziehende sicherstellt,
- 2194 • Nutzungsgebühren für Sportvereine im Breitensport abschafft,
- 2195 • den barrierefreien Zugang zu wohnortnahen Sportstätten für alle gewährleistet,
- 2196 • die Teilhabe von Frauen, Mädchen sowie inter, nicht-binären und trans Personen durch
2197 spezifische Angebote wie Selbstverteidigungskurse fördert,
- 2198 • kommunale Förderung für gemeinnützige Gesundheitszentren schafft, die Menschen jedes
2199 Alters, insbesondere Berufstätige, Senior:innen, Migrant:innen und Menschen mit
2200 Behinderungen erreichen,

- 2201 • transparente Sportentwicklungs- und Investitionspläne gemeinsam mit Sportvereinen und
- 2202 Sportbünden aufstellt,
- 2203 • Projekte und Vereine mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant:innen und
- 2204 einkommensschwachen Menschen besonders fördert,
- 2205 • kommunale Unterstützung bei Förderanträgen an Land und Bund bereitstellt,
- 2206 • eine „Initiative Vereinssport“ auflegt, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft im
- 2207 Sportverein zu finanzieren,
- 2208 • das Ehrenamt wertschätzt und als gesellschaftlich wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher
- 2209 Maßnahmen fördert; steuerliche Entlastungen für ehrenamtlich Tätige, wie eine
- 2210 Kilometerpauschale, werden dabei angestrebt,
- 2211 • den Erhalt und Ausbau von Anlagen für Trendsportarten wie Skaten und Parcours unterstützt,
- 2212 • die Förderung von Fanprojekten zur Gewaltprävention sicherstellt und eng mit Sportvereinen
- 2213 zusammenarbeitet.
- 2214

2215 **Thema: Wirtschaft und Finanzen**

2216 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2217 Seit Jahren ist zu beobachten, wie die neoliberale Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene
2218 zunehmend negative Auswirkungen zeigt. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, die
2219 Infrastruktur verfällt und die Städte und Gemeinden sind mit immer höheren Schulden belastet.

2220 Die Verantwortung für diese Situation liegt bei einer Politik, die den Interessen von Konzernen und
2221 Großinvestor:innen folgt, anstatt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen.
2222 Nachdem viele Kommunen jahrelang auf Privatisierung gesetzt haben, ist zwar längst erwiesen, dass
2223 die Privatisierung kommunaler Aufgaben keineswegs bessere Leistungen bringt und sich in der Regel
2224 nur auf dem Rücken der Beschäftigten „rechnet“. Trotzdem nimmt der Druck zur Privatisierung
2225 wieder zu, da die finanziellen Spielräume der Kommunen schrumpfen.

2226 Schon 2023 schätzten 348 der 396 Städte und Gemeinden in NRW ihre finanzielle Lage für 2024 sehr
2227 schlecht oder eher schlecht ein und erwarten sogar eine weitere Verschlechterung ihrer
2228 Finanzsituation in den kommenden fünf Jahren. Bereits 2023 konnten nur noch 73 Kommunen ihren
2229 Haushalt strukturell ausgleichen und 2028 werden 240 Kommunen in NRW ihre finanziellen Reserven
2230 völlig aufgebraucht haben, wenn es so weitergeht. Die seit Jahrzehnten bestehende Praxis der
2231 Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land und nicht kompensierter Aufgabenzuweisungen
2232 des Bundes muss endlich beendet werden.

2233 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
2234 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
2235 Auseinandersetzung wird Die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
2236 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

2237 Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt
2238 sich Die Linke nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten, auch nicht, um
2239 ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen
2240 wird letztlich nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer durchgreifenden Reform der
2241 Kommunalfinanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip einzuhalten, erheblich vermindert.

2242 Die Linke fordert einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
2243 Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die den Menschen dient, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
2244 sichert, den sozialen Zusammenhalt stärkt und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir setzen
2245 auf solidarische und demokratische Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine
2246 gerechte Finanzierung ermöglichen.

2247 **Forderungen der Linken für eine gerechte und nachhaltige kommunale Wirtschafts- und**
2248 **Finanzpolitik:**

2249 1. Stärkung einer sozialen, kommunalen Wirtschaft

2250

2251 • Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, wobei
2252 der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer
2253 Mitbestimmung liegt.

2254 • Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden, insbesondere in
2255 den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge. Genossenschaftliche
2256 Betriebe sollen gefördert werden.

- 2257 • Die Einschränkungen der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in
 2258 Art. 107 Gemeindeordnung NRW müssen aufgehoben werden, soweit sie einen Vorrang für
 2259 private Wirtschaftstätigkeit vorsehen.
- 2260 • Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch soziale
 2261 Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum,
 2262 ökologisch nachhaltigen Produkten und guter Arbeit. Sie müssen Vorbilder für faire Bezahlung,
 2263 Mitbestimmung und eine integrative Arbeitskultur sein.
- 2264
- 2265 2. Stärkung der kommunalen Finanzen
- 2266
- 2267 • Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen des
 2268 Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf rund 28 Prozent. Dieser Anteil wurde früher in NRW
 2269 tatsächlich erreicht.
- 2270 • Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindefachsteuer weiterentwickelt werden. Dabei
 2271 sollen größere Betriebe stärker besteuert werden als kleine. Die Gewerbesteuer ist neben der
 2272 Grundsteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre Kommunalsteuer, bei der Städte
 2273 und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
- 2274 • Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 geforderte Reform der
 2275 Grundsteuer darf nicht zu weiteren Belastungen der Mieter:innen führen. Die Regelungen in
 2276 NRW, die das Grundsteueraufkommen aufkommensneutral halten sollen, führen jedoch zu
 2277 einer stärkeren Belastung von Wohngrundstücken, während Geschäftsgrundstücke eher
 2278 entlastet werden. Die Linke unterstützt die im Landesgesetz vorgesehene Möglichkeit, die
 2279 Hebesätze zu splitten und so Wohngebäude geringer zu belasten. Falls das Landesmodell mit
 2280 dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden
 2281 sollte, fordern wir einen Ausgleich der Steuerausfälle der Kommunen durch das Land.
- 2282 • Die Linke will die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der
 2283 Betriebskostenverordnung aufheben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B
 2284 ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird. Die Grundsteuer B ist bislang voll
 2285 umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten in Rechnung gestellt. Viele
 2286 Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen, haben zu Recht Sorge vor einem
 2287 Nebenkosten-Hammer.
- 2288 • Die Linke unterstützt die Anwendung der Grundsteuer C, die in NRW gesetzlich neu eingeführt
 2289 wurde. Dadurch können baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke höher besteuert
 2290 werden, um im Falle des Mangels an Bauland Spekulation entgegenzuwirken.
- 2291 • Die Steuerpolitik muss gerechter werden! Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer,
 2292 die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die
 2293 Kommunen nachhaltig zu finanzieren.
- 2294 • Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden! Bundes- und Landesregierung haben den
 2295 Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu
 2296 sorgen. Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.
- 2297 • Die restriktiven Bedingungen der Gemeindeordnung NRW zur Haushaltsführung der
 2298 Kommunen müssen gelockert werden.
- 2299
- 2300 3. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- 2301
- 2302 • Das Land muss endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen,
 2303 öffentlichem Nahverkehr und Wohnraum bereitstellen. Bund und Land dürfen die Kommunen

2304 nicht allein lassen. Dabei tritt Die Linke für eine Ausweitung allgemeiner, nicht
2305 zweckgebundener Zuweisungen an die Kommunen ein.

- Die Förderprogramme von Land, Bund und EU müssen zumindest für Kommunen in der
2306 Haushaltssicherung zu 100 % ohne Eigenanteil abrufbar sein, leichter zugänglich gemacht und
2307 besser abgestimmt werden. Viele Fördertöpfe können nicht abgerufen werden, weil die
2308 Kommunen mit dem Eigenanteil finanziell und mit den Formalitäten personell überfordert sind.
- Die Linke ist dafür, Privatisierungen rückgängig zu machen. Insbesondere privatisierte
2309 öffentliche Einrichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge wie Stadtwerke oder
2310 Wohnungsbaugesellschaften sollen rekommunalisiert werden, um sie wieder dem Gemeinwohl
2311 zu unterwerfen.
- Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei
2312 der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur.
2313 Mit diesen Strukturen müssen sie sorgsam umgehen. Eine konsequente Bodenpolitik soll
2314 verhindern, dass öffentlicher Grund und Boden verkauft wird. Nutzungsrechte für
2315 Gewerbeflächen sollen grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden.

2316

2317

2318

2319

2320 4. Abbau der kommunalen Altschulden

2321

- Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, durch den die nicht investiven
2322 Schulden der Kommunen übernommen werden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die von
2323 Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die in besonderer Weise vom
2324 Strukturwandel betroffenen Kommunen in NRW dürfen nicht allein gelassen werden!
- Da durch die Altschuldenregelung, die die Landesregierung vor kurzem vorgelegt hat, nur die
2325 Hälfte der nicht investiven Schulden der Kommunen in NRW übernommen würde, muss der
2326 Bund die andere Hälfte übernehmen. Falls dies nicht passiert, muss das Land „nachbessern“.

2327

2328

2329 **Für eine gerechte Zukunft in den Kommunen**

2330 Die von der Linken vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Kommunen zielt darauf ab,
2331 die soziale, wirtschaftliche und ökologische Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten. Es geht um den Aufbau
2332 einer gerechten Gesellschaft, in der die Kommunen als starke Akteure in einer solidarischen und
2333 nachhaltigen Wirtschaft wirken. Dies erfordert nicht nur Investitionen und eine gerechte
2334 Steuerpolitik, sondern auch eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer kommunalen Wirtschaft,
2335 die den Bedürfnissen aller Menschen dient.

2336

2337 **Thema: Wohnen**

2338 Wir wollen eine Wohnpolitik, die allen das Recht auf Wohnen garantiert und die sich nicht am Markt
2339 orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Die nicht auf Profite aus ist, sondern auf das
2340 Gemeinwohl.

2341 Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Städte, Dörfer und
2342 Stadtteile, die lebenswert sind und in denen sich jede:r das Wohnen leisten kann. Wir wollen, dass
2343 niemand Angst haben muss um seine Wohnung.

2344 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

2345 Auch in NRW wird Wohnen immer teurer. Gerade in den großen Städten steigen die Mieten weiter
2346 und weiter, ohne dass sich Löhne und Sozialleistungen diesem anpassen. Aber auch in den
2347 umliegenden Landkreisen gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen oder Baugrundstücke. Es wird
2348 immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders Familien müssen dadurch mit viel
2349 zu wenig Platz auskommen.

2350 Über Mieten wird Reichtum von unten nach oben verteilt. Ärmere Menschen müssen ihre Miete
2351 zahlen, sonst droht ihnen die Obdachlosigkeit, während Reiche leistungslos und nur durch Eigentum
2352 ihr Vermögen immer weiter vergrößern können.

2353 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer
2354 Wohnungsbestände sind bundes- und landespolitisch viele Entscheidungen getroffen worden, die
2355 sich nun negativ in den Kommunen auswirken. Ganze Viertel gehören gewinnorientierten und
2356 börsennotierten Wohnungskonzernen, welche die Mieten weiter und weiter anheben, aber statt die
2357 Häuser zu sanieren, das Geld an ihre Aktionär:innen ausschütten. Nebenkostenabrechnungen sind oft
2358 falsch und völlig übersteuert.

2359 **Die Häuser denen, die drin wohnen**

2360 Als Linke stehen wir an der Seite der Mieter:innen. Wir unterstützen Initiativen wie „Deutsche
2361 Wohnen & Co enteignen“. Nur durch die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und einen
2362 großen Bestand in öffentlicher Hand können wir langfristig günstige Mieten und gute
2363 Wohnbedingungen garantieren und dabei auch Mieter:innen Mitbestimmung ermöglichen.

2364 Auch wenn dies nicht in kommunaler Verantwortung liegt, können wir in den Kommunen an vielen
2365 Stellen die Situation für die Mieter:innen verbessern.

2366 Wo immer es möglich ist, sollten Kommunen befähigt werden, über gezielten Ankauf und
2367 Vorkaufsrechte kritische Bestände zurückzukaufen. Über die Wohnungsaufsicht kann parallel Druck
2368 aufgebaut werden.

2369 **Mieter:innen stärken**

2370 Immer mehr Mieter:innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr, immer
2371 mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen. Wir
2372 als Die Linke solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

2373 Wir wollen einen wirksamen Mietendeckel in allen Kommunen. Der Preis für Wohnen darf sich nicht
2374 an völlig überdrehten Marktpreisen orientieren, sondern muss an die tatsächlichen Kosten angepasst
2375 sein. Bis es einen wirksamen Mietendeckel gibt, muss das Land zumindest in mehr Kommunen einen
2376 angespannten Wohnungsmarkt anerkennen, damit wenigstens die Mietpreisbremse und ein etwas
2377 besserer Schutz vor Mieterhöhungen greifen.

2378 Der Mietspiegel führt dazu, dass Mieten immer weiter steigen. Durch eine Anpassung an den
2379 Mietspiegel können Mieterhöhungen durchgeführt werden, die wiederum dafür sorgen, dass der
2380 Mietspiegel steigt. Eine Spirale nach oben. Trotzdem wollen wir als Linke auf kommunaler Ebene
2381 einen qualifizierten Mietspiegel, um Mieter:innen vor Willkür zu schützen. Er muss sich dafür an den
2382 Bestandsmieten orientieren und nicht an den neu abgeschlossenen Mietverträgen.

2383 **Die Linke fordert:**

- 2384 • Mietendeckel,
- 2385 • Mietspiegel, die sich an den Bestandsmieten orientieren,
- 2386 • Ausweitung und Unterstützung von Beratungsangeboten,
- 2387 • Zahlung von Mitgliedsbeiträgen von Mietvereinen durch die Jobcenter und Sozialämter.

2388 **Grundsteuer**

2389 Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre
2390 Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen.
2391 Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 gebotene Reform der
2392 Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens ist die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Da
2393 unter den heutigen Umständen die Frage des ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums eine der
2394 wichtigsten sozialen Fragen in Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der Grundsteuer Mieter:innen
2395 nicht zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte Wohnungsunternehmen sollen von der Grundsteuer
2396 befreit werden. Zweitens sind Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen, indem die Grundsteuer
2397 verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei ist die Souveränität der Kommunen derart zu gewährleisten,
2398 dass sie durch ein kommunales Hebesatzrecht für eine Aufkommensneutralität der
2399 Grundsteuerreform auf Gemeindeebene sorgen können. Um einen Impuls zur Bekämpfung von
2400 Grundstücksspekulation zu setzen, müssen unbebaute, aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker
2401 belastet werden.

2402 Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen
2403 kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Um diese
2404 stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten
2405 die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu
2406 differenzieren. Damit können Kommunen nun Kostenexplosionen bei den Wohngebäuden vermeiden
2407 und stattdessen die Entlastung bei den Gewerbeimmobilien reduzieren. Wir unterstützen dieses
2408 Vorgehen.

2409 Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Hebesatz bei der Grundsteuer B vor
2410 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen
2411 Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

2412 Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der
2413 Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den
2414 Mieter:innen bei den Mietnebenkosten damit auch vollumfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft
2415 viele Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen und im Zuge der
2416 Grundsteueränderungen zu Recht Sorge vor einem Nebenkosten-Hammer haben. Wir setzen uns
2417 dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird.

2418 Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt es
2419 sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke.
2420 Die Kommunen haben also die Möglichkeit, diesen gesonderten Hebesatz zu erheben, sind dazu
2421 allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung der Grundsteuer C, wird den

2422 Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ motivierter
2423 Zurückhaltung entgegenzuwirken.

2424 **Das Recht auf Wohnen kennt keine Ausnahmen**

2425 Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die Linke
2426 setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge schnell
2427 bearbeitet werden können.

2428 Die Bezieher:innen von Bürgergeld erhalten zwar die als angemessen geltende Miete bezahlt, aber
2429 bei Mietsteigerungen fallen ihre Wohnungen schnell aus der Angemessenheit heraus. Zwangsumzüge
2430 sind die Folge. Daher fordern wir flächendeckend, die aktuell auf dem Wohnungsmarkt verfügbaren
2431 Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten zu machen. Steigen dann die
2432 Mieten, steigen die Angemessenheitsgrenzen mit. Niemand darf zu einem Umzug gezwungen
2433 werden, weil die Wohnung zu teuer wird.

2434 Die Zahl der Wohnungslosen in den Städten steigt. Wir fordern, dass mit dem Konzept Housing First
2435 Menschen wieder in Wohnungen gebracht werden. Auch die Notübernachtungsstellen müssen
2436 verbessert werden. Aktuell sind die Zustände dort so schlimm, dass Menschen lieber auf der Straße
2437 übernachten, auch wenn dies Lebensgefahr bedeutet. Dies liegt an einer privatwirtschaftlichen
2438 Betreuung, die rein gewinnorientiert arbeitet. Wir fordern gute Notübernachtungsstellen, die
2439 kostenlos und für alle Wohnungslosen, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit, zugänglich sind. Für
2440 Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und Jugendliche braucht es Angebote, die
2441 ihren Bedürfnissen entsprechen. Außerdem muss dort auch die Unterbringung mit Hund möglich
2442 sein.

2443 **Die Linke fordert:**

- 2444 • genügend Mitarbeiter:innen für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen,
- 2445 • Einführung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen mit
- 2446 jährlicher Evaluierung in allen Kommunen des Landes,
- 2447 • Housing First
- 2448 • gute, kostenlose Notübernachtungsstellen für alle Wohnungslosen,
- 2449 • Aufenthaltsmöglichkeiten tagsüber mit Heizung, sanitären Anlagen und sozialen Angeboten.

2450 **Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2451 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in
2452 guten Lagen an Investor:innen und Spekulant:innen zu legitimieren. „Aufwertungs-“ und
2453 „Leuchtturmprojekte“ fungieren als Preistreiber in den Stadtteilen und verdrängen die dort lebenden
2454 Menschen. Boden ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere, und die
2455 Eindämmung von Bodenspekulation ist zentrale Aufgabe linker Politik. Durch die Vergabe von
2456 Grundstücken in Erbpacht kann eine Kommune dauerhaft Einfluss auf deren Gestaltung nehmen und
2457 Bodenspekulationen verhindern. Durch eine wirkungsvolle Bodenvorratspolitik können strategisch
2458 wichtige Grundstücke frühzeitig erworben werden und die Möglichkeiten der Kommunen erweitert
2459 werden. Erbpachtgrundstücke in städtischer Hand erleichtern auch den Erwerb von Wohneigentum
2460 durch junge Familien.

2461 **Die Linke fordert:**

- 2462 • keine Leuchtturmprojekte, sondern langfristige Verbesserungen,
- 2463 • Vergabe von Grundstücken in Erbpacht,
- 2464 • wirkungsvolle Bodenvorratspolitik,

- 2465 • Ausweitung von Vorkaufsrechten und aktiven Ankauf von kritischen Beständen durch die
2466 Kommunen.

2467 **Sozialen Wohnungsbau ausweiten**

2468 In vielen Städten herrscht Wohnungsnot. Daher muss im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik
2469 der Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Wir fordern,
2470 dass die Sozialbindung von Wohnungen nicht mehr auslaufen kann, sondern dauerhaft ist. Bei allen
2471 Neubauvorhaben streben wir eine Quote von mindestens 40 % der Wohnflächen als öffentlich
2472 geförderten Wohnraum an.

2473 Kommunen müssen guten und bezahlbaren Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Sie
2474 müssen dafür sorgen, dass Wohnungsbestände saniert und barrierefrei ausgebaut sowie energetisch
2475 modernisiert werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter:innen führen. Auf
2476 Bundesebene muss die Modernisierungumlage abgeschafft werden. Durch die Einführung eines
2477 Baulückenkatasters können Flächen effektiv genutzt und willkürlicher Flächenfraß verhindert werden.

2478 Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die weitere Ausweisung von Einfamilienhaussiedlungen, da
2479 diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen.
2480 Stattdessen wollen wir gute Konzepte für gemeinsames Wohnen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser
2481 fördern.

2482 Bei der Planung von Neubaugebieten legen wir Wert auf eine soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen,
2483 Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.
2484 Insbesondere im städtischen Raum müssen Grünflächen und Parks, Kinderspielplätze und
2485 Jugendtreffs zwingend mitgedacht werden. Wir unterstützen die Schaffung von Quartieren, in denen
2486 Menschen ohne eigenes Auto leben wollen.

2487 Insbesondere in den ländlichen Regionen wollen wir dafür sorgen, dass Senior:innen ihre Häuser
2488 zugunsten junger Familien gegen altersgerechte, barrierefreie Wohnungen tauschen können, ohne
2489 dabei finanzielle Nachteile zu erleiden. Wir setzen uns für energetische Sanierungen im
2490 Altbaubestand ein, um Wohnraum zu erhalten und die Energiekosten bezahlbar zu halten.

2491 **Die Linke fordert:**

- 2492 • Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine festgelegte Quote von mindestens 40 % der
2493 Bruttogeschossfläche in den Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen,
2494 • Ausweitung kommunaler Bautätigkeit,
2495 • Baulückenkataster,
2496 • kein Bau von Einfamiliensiedlungen,
2497 • Tauschprogramme „alt zu jung“,
2498 • energetische Sanierung im Altbaubestand,
2499 • Projekte „Wohnen ohne eigenes Auto“.

2500 **Kommunale Möglichkeiten nutzen**

2501 Durch die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung können Kommunen effektiv sowohl gegen
2502 Leerstand als auch gegen Kurzvermietungsmodelle wie AirBnBs vorgehen. Abbruch, Leerstand und
2503 Nutzungsänderung sind anzeige- und genehmigungspflichtig und können untersagt werden. Die
2504 Einführung eines Leerstandskatasters macht ihn nicht nur sichtbar, sondern vereinfacht Eingreifen bis
2505 hin zu Enteignungen.

2506 Außerdem stehen mit der Einführung einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) weitere
2507 Instrumente zur Verfügung. So sind dort auch Modernisierungen und bestimmte Bautätigkeiten
2508 genehmigungspflichtig, sodass die Verdrängung von Bewohner:innen erschwert wird.

2509 Wir brauchen eine kommunale Wohnungsaufsicht, die gegen Mietwucher, Zweckentfremdung und
2510 Verwahrlosung von Wohnraum vorgeht. Sie muss immer an der Seite der Bewohner:innen stehen
2511 und für sie Lösungen finden.

2512 Die Wohnungsaufsicht muss mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um auch in
2513 größerem Umfang Ersatzmaßnahmen in problematischen Beständen zwischenfinanzieren zu können.
2514 Mittelfristig können die Gelder vom Eigentümer zurückgeholt werden.

2515 **Die Linke fordert:**

- 2516 • Zweckentfremdungssatzung in allen Kommunen,
- 2517 • Leerstandskataster,
- 2518 • soziale Erhaltungssatzungen insbesondere in ärmeren Quartieren,
- 2519 • Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht.

2520 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken**

2521 Wir wollen kommunale Wohnungsgesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine
2522 soziale Wohnungspolitik werden und keine Gewinne für ihre Gesellschafter ausschütten müssen. Sie
2523 müssen finanziell gestärkt werden, um ihrer Aufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gerecht zu
2524 werden. Auch Möglichkeiten von Mitbestimmung der Mieter:innen wollen wir schaffen.

2525 **Die Linke fordert:**

- 2526 • kommunale Wohnungsgesellschaften müssen ihre Mieterhöhungen entsprechend dem
2527 Kostendeckungsprinzip begrenzen,
- 2528 • keine Gewinnausschüttungen, sondern Reinvestition,
- 2529 • Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
2530 renditeorientierte Träger:innen ist verbindlich ausgeschlossen,
- 2531 • kommunale Wohnungsgesellschaften müssen Strukturen einführen, die Mieter:innen
2532 beteiligen und mitbestimmen lassen – denkbar ist z. B. eine Drittelparität (Kommune,
2533 Beschäftigte, Mieter:innen),
- 2534 • Dort, wo Kleinstädte nicht die Kapazitäten haben, eigene Wohnungsgesellschaften aufzubauen,
2535 streben wir die Gründung von kreiseigenen Wohnungsgesellschaften an.

2536 **Kommunale Wärmeplanung sozial gestalten**

2537 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
2538 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 eine Wärmeplanung erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete
2539 mit bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Die kommunale Wärmeplanung
2540 kann ein wichtiger Baustein zur Energiewende sein.

2541 Die Linke ist insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten für den Ausbau der
2542 Fernwärmeversorgung. Dabei muss ein Schwerpunkt die Nutzung industrieller, bisher oft ungenutzter
2543 Energiequellen sein. Gleichzeitig ist sie für einen Ausbau einer dezentralen Energieversorgung, wie
2544 z. B. die Nutzung von Erdwärme durch Wärmepumpen für Quartiere und Stadtviertel. Hierzu müssen
2545 kommunale Angebote geschaffen werden.

2546 Als Linke setzen wir uns dafür ein, die Wärmeplanung sozial verträglich zu gestalten. Der Anschluss an
2547 ein Fernwärmenetz darf nicht dazu führen, dass die Kosten für die Mieter:innen explodieren. Dazu

2548 sind gesetzliche Regelungen zur Preistransparenz und -kontrolle erforderlich. Darüber hinaus ergeben
2549 sich wichtige Tätigkeitsfelder für die Stadtwerke.

2550 Gerade die Monopole auf dem Fernwärmemarkt haben in den letzten Jahren gezeigt, wie die Preise
2551 durch intransparente, nicht nachvollziehbare Preisklauseln explodieren können. Die Kommunen
2552 müssen die Kontrolle über die Fernwärmenetze behalten, um die Preisentwicklung kontrollieren zu
2553 können.

2554 Die Bezahlbarkeit muss auch in einem frühen Stadium der Planung eine Rolle spielen. Planungen
2555 dürfen sich nicht an den Interessen der Eigentümer:innen orientieren, sondern müssen die Belange
2556 der Mieter:innen in den Mittelpunkt stellen.

2557 Wir stellen uns gegen klimatisch sinnlose Pläne wie die Nutzung von Wasserstoff zum Heizen und
2558 gegen die Verbrennung von Holz, wodurch in hohem Maße gesundheitsschädlicher Feinstaub
2559 freigesetzt wird.

2560 Die Kosten der im Bund und in der EU geregelten energetischen Sanierung von Wohnhäusern dürfen
2561 auf Mieter:innen grundsätzlich nur bis zur Höhe der Einsparungen bei den Energiekosten umgelegt
2562 werden.

2563 **Die Linke fordert:**

- 2564 • vor allem in Ballungsgebieten den Ausbau der Fernwärmeversorgung, in der Regel durch
2565 kommunale Anbieter bei Nutzung vorhandener und/oder erneuerbarer Energiequellen,
- 2566 • Kostentransparenz und -kontrolle bei der Preisgestaltung der Fernwärme,
- 2567 • eine quartiersbezogene, dezentrale Energieversorgung z. B. durch Wärmepumpen für
2568 Wohnblöcke oder Stadtviertel,
- 2569 • eine sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende schon bei der Wärmeplanung,
- 2570 • keine Nutzung von Wasserstoff und Holz zum Heizen,
- 2571 • Fernwärmenetze müssen unter öffentlicher Kontrolle bleiben.